



Kostenlos

# Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 252

Wilhelmshaven

Mai 2010

## Endlich Beton!

Schluss mit den Ökospielchen: Die Lärmschutzwand im Voslapper Groden wird aus solidem Beton hergestellt



## Hartes

Auf Seite 2 berichten wir über den Großbrand in der Wilhelmshavener Raffinerie.

15.000 Hennen sollen demnächst am Ortseingang von Fedderwarden fleißig Eier produzieren - alles öko? Da lachen ja die Hühner - Seite 3.

Gehört Radio Jade jetzt zur Monopolpresse? Die WZ und Nordfrost sind beim Radio-Überleben-Nachfolger eingestiegen. Seite 4.

Unsere Plaudereien aus der Schule bieten wir auf Seite 5 an.

Brauchen wir ein neues Bismarck-Denkmal? Oder eines von Stauffenberg? Brauchen wir überhaupt ein Denkmal? Das fragen wir auf Seite 6.

Die Wilhelmshavener Zeitung lud zum Stammtisch, und viele BürgerInnen kamen. 2 Berichte zum JadeWeserPort-Stammtisch auf den Seiten 7 und 8.

Fast so gut wie Betonwände können unsere Planer schöne breite Straßen planen. Da wird dann auch leicht mal vergessen, dass es nicht nur Autofahrer auf der Welt gibt. Seite 10.

Öffentlich verabschiedet wurden Soldaten, die am Krieg in Afghanistan teilnehmen sollen. Wir berichten auf Seite 11.

Was gab's auf der letzten Ratssitzung? Lesen Sie unsere Ratssplitter auf der Seite 12.

Die NPD verlegte kurzfristig ihren Parteitag aus Bad Gandersheim nach Wilhelmshaven. Auf Seite 13 berichten wir über das Treffen am Muttertag.

Hartz IV und Recht – diesmal auf Seite 14.

Über die letzte Ali-Versammlung berichten wir auf Seite 15.

Viele kleine Meldungen finden Sie in unserer Rubrik "Das Letzte" auf der letzten Seite.

[www.gegenwind-whv.de](http://www.gegenwind-whv.de)

Hier finden Sie die Meldungen, die wir in unserer Papierausgabe nicht mehr unterbringen konnten.

Hier finden Sie unsere Artikel oftmals in einer ausführlicheren Fassung.

# meldungen

## Vieles erledigt sich von allein

So richtig dran geglaubt haben wohl nur einige Leute aus Wilhelmshavens Politik. Den meisten BürgerInnen war von vorneherein klar, dass das Super-Kraftwerk der e.on nur ein Luftschloss war.

E.on und die anderen Stromerzeuger setzen vorläufig auf die ihnen treu ergebene Regierung von Merkel und Westerwelle. Diese ermöglicht ihnen nämlich den weiteren Betrieb von Atom-Schrott-Kraftwerken. Warum soll man da in neue Technologien investieren? (hk)



**pumpwerk**  
Kulturzentrum  
in Wilhelmshaven

**Samstag, 12. Juni, ab 14.00 Uhr  
Antifaschistischer Aktionstag  
2010**

**Ausstellungen, Workshops, Vorträge, Musik,  
Rock gegen Rechts.**

Das Wilhelmshavener Netzwerk gegen Rechts veranstaltet den 2. Antifaschistischen Aktionstag am Pumpwerk. Die Begrüßungsrede hält Oberbürgermeister Eberhard Menzel. Als Referentin konnte die mehrfach ausgezeichnete Journalistin Andrea Röbke gewonnen werden. Hauptact ist die Gruppe **Stier** (Ex Törner Stier Crew). Ausstellungen, Workshops, Vorträge, Musik von **"Annie Soulshine"** und dem Gospelchor **"Free Voices"** runden das Programm ab. Die Mitglieder des Netzwerkes gegen Rechts stehen an Infoständen für Fragen und Diskussionen zur Verfügung. Ab 14.00 Uhr beginnt auch das antifaschistische Fußballturnier. Am Abend steht das "Laut gegen Rechts"-Konzert auf dem Programm. Ab 18.00 Uhr zeigen Bands wie **20 for the First**, **New Years Theme** und andere den Nazis musikalisch die Rote Karte. Der Eintritt zum Aktionstag und zum Konzert ist frei!

## Wilhelmshavener Raffinerie:

### Endgültiges Aus nach dem Brand?

Eigentlich wollte der US-Ölmulti 'Conoco Phillips' ja zur Zukunftssicherung seiner WRG-Raffinerie auf dem Voslapper Groden eine rund zwei Milliarden Euro teure Erweiterung durchziehen. In dem Erweiterungsantrag heißt es: *"Die Änderungen tragen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und Flexibilität der Raffinerie und damit zur Stärkung der Wettbewerbsposition bei."* [Quelle: Antrag 'Wilhelmshavener Upgrader Project' (WUP)]. Konkret bedeutet dies: Mit ihrem Raffinerierückstand – dem Schweröl – werden immer geringere Erlöse erzielt. Der Überschuss muss an andere Raffinerien verkauft werden, die daraus durch Zerbrennen der Moleküle (Cracken) marktfähige Ölprodukte herstellen können. Dies wollte man - durch Umsetzung des WUP - fortan selber machen und die Gewerbeaufsicht hat dafür am 03.09.2009 die Genehmigung erteilt.

Am 01.10.2009 gab diese Behörde mit dem Bescheid der sofortigen Vollziehbarkeit grünes Licht für den Baubeginn. Doch schon eine Woche später sickerte durch, dass das Aufwertungsprojekt verschoben wird. Weitere drei Wochen später war es offiziell: Conoco-Chairman Jim Mulva erklärte, das WUP sei das richtige Projekt für Wilhelmshaven - aber nicht jetzt. Ein Vorwarnsignal dafür wurde schon Anfang des Jahres 2009 gesetzt: *"Der US-Ölkonzern Conoco Phillips hat wegen milliardenschwerer Abschreibungen im vierten Quartal einen massiven Verlust ausgewiesen. Unter dem Strich fiel ein Minus von 31,8 Milliarden Dollar an."* (Handelsblatt, 28.01.2009)

Die Raffinerie wurde wegen fallender Ölpreise stillgelegt und die Zeit für Revisionsarbeiten und dem Bau von Verbindungsstücken zur späteren Einbindung der WUP-Produktionsanlagen genutzt.

Ende April dieses Jahres wurde die Raffinerie wieder angefahren. Statt Produktentanker für die Versorgung der Abnehmer im Hinterland zu löschen, kamen wieder die Rohöltanker, um die Ölproduktion anzukurbeln

und leere Tanker, um die herausdestillierten Produkte abzutransportieren.

Das ging ja dann leider nur wenige Tage gut: Ein Feuer in der Destillationskolonne brachte die Produktion erneut zum Erliegen. Über die Brandursache ist offiziell noch nichts bekannt. Der vormalige Raffinerieboss Johan Anton van Weelden diagnostizierte schon vorab fehlerhaftes Verhalten als Brandursache: Gegenüber dem Gegenwind äußert er u.a., dass er es völlig unsinnig findet, eine Raffinerie ausgerechnet im Winter ein halbes Jahr abzuschalten, auf dass die Leitungen alle einfrieren bzw. korrodieren, und dann ohne eine ausreichende Revision wieder hochzufahren. Nach seiner Aussage hat es nicht nur am 1. Mai, sondern auch schon am Donnerstag davor einen Brand gegeben.

Mehrere Tanker mussten nach tagelangem Warten wieder abziehen; die eine Gruppe, weil ihre Rohölladung nicht verarbeitet werden konnte und die andere, weil keine Raffinerieprodukte produziert werden konnten. Stattdessen trudelten wieder beladene Produktentanker ein, um die Raffineriekunden im Hinterland nicht zu verprellen. Was mag das die Conoco Phillips alles kosten?! Vielleicht wird ja ein Teil von der Schadensversicherung beglichen. Aber auch die Ausfall- und Wartezeiten der vielen Tanker, die Gehälter, Abgaben etc. pp.?

Ob die Raffinerie noch eine Zukunft hat, damit wird sich wohl Jeff Sheets befassen müssen, der jüngst zum 'Senior Vice President, Commercial and Planning & Strategy' von ConocoPhillips ernannt wurde (Handelsblatt, 12.05.10). Denn erneute Stillstands- und Reparaturkosten sind im Budgetplan von Conoco Phillips für 2010 bislang nicht vorgesehen. Der Multi hatte bereits Ende vergangenen Jahres beschlossen, sein Investitionsprogramm im internationalen Raffinerie- und Marketingbereich auf 0,4 Milliarden US \$ zurückzufahren (Zack.com, 04.12.09).

Statt zu investieren, hat ConocoPhillips bei Dienstantritt von Mr. Sheets beschlossen, Vermögenswerte in Höhe von 10 Milliarden US \$ zu verkaufen. Mit den Erlösen will der Multi seine Firmenschulden verringern und die Aktionäre zufriedenstellen (Quelle: Reuters, 12.05.10) (jm)



**Ich möchte sofort ein  
GEGENWIND-Förderabo!!**

Vorname..... Name:.....

Straße:..... PLZ, Wohnort:.....

Geburtsdatum:..... Telefon:.....

Ich bin damit einverstanden, dass der GEGENWIND meinen Monatsbeitrag von

EURO ..... (mind. 4 Euro) im vierteljährlichen Lastschriftverfahren von meinem

Konto:..... Bank:..... Bankleitzahl:.....

zugunsten des GEGENWIND-Kontos 500 355 bei der Volksbank Wilhelmshaven abbucht.

Ort:..... Datum: .....

Unterschrift:.....

Da ich nicht weiß, wo der GEGENWIND ausliegt, möchte ich ihn per Post zugestellt bekommen  
Absenden an: GEGENWIND, Adolphstr. 21, 26382 Wilhelmshaven oder eine eMail an:  
gegenwind.whv@t-online.de



**Herausgeber:** GEGENWIND-Verein

**Postanschrift:** GEGENWIND, Adolphstr. 21

26382 Wilhelmshaven

Tel.: 04421 / 99 49 90

Fax: 0322-23755199

eMail: gegenwind.whv@t-online.de

**Redaktion:** Erwin Fiege, Hannes Klöpffer (verantwortl. Redakteur), Anette Nowak, Matthias Tiller, Wolle Willig, Imke Zwoch;

**Druck:** Papudis; Auflage: 4.500 Exemplare

Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,

Kto.-Nr. 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit)

monatlich - mindestens 8 Ausgaben pro Jahr.

Erscheinungstag dieser Ausgabe: 19.05.2010

**www.gegenwind-whv.de**

\*\*\*\*\*  
Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten,  
die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder  
durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe  
beigetragen haben.  
\*\*\*\*\*

# Auch Biohennen belasten die Umwelt

## Bürger/innen und BUND kritisieren Planung für Legebetrieb in Fedderwarden

(iz) Am Ortseingang von Fedderwarden soll ein Legehennenstall mit knapp 15.000 Tieren entstehen. Obwohl der Landwirt diesen nach ökologischen Richtlinien bewirtschaften will, sind die Anwohner/innen nicht begeistert. Auch die Kreisgruppe des Bund für Umwelt und Naturschutz betrachtet das Vorhaben mit gemischten Gefühlen.

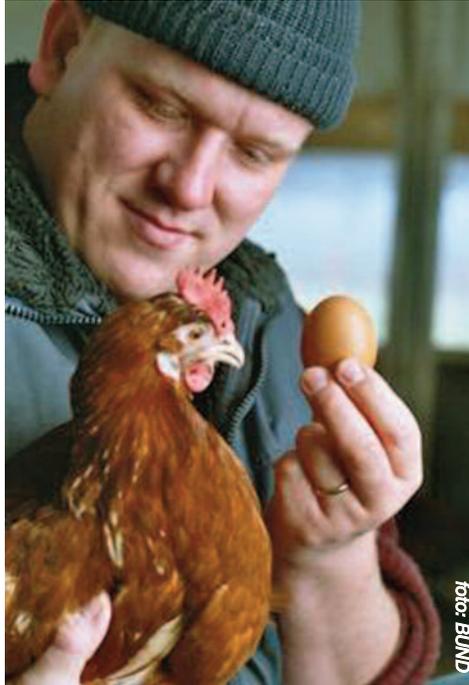
“Eigentlich müssten wir ja begeistert sein über die Ansiedlung eines landwirtschaftlichen Betriebs nach Biostandard”, sagt Peter Hopp grübelnd. Der Vorsitzende der Kreisgruppe Wilhelmshaven des Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) begrüßt im Grundsatz jede Alternative zur industriellen Massentierhaltung. “Alles ist besser, als Hunderttausende Hennen ohne Tageslicht in Käfigen einzupferchen.” Bekanntlich will ein Landwirt am Ortsrand von Fedderwarden eine Anlage für knapp 15.000 Legehennen nach ökologischen Richtlinien betreiben. Mit romantischen Vorstellungen von einer fröhlich im Gras pickenden Hühnerschar, die der entsprechende Aufdruck auf dem Eierkarton beim Käufer wecken mag, hat das Vorhaben wenig zu tun.

### Käfighaltung im Abwind

Nach EU-Standard hat Huhn im neuen “ausgestalteten” Käfig 750<sup>1)</sup> -900<sup>2)</sup> cm<sup>2</sup> Platz (früher 550 cm<sup>2</sup>), hinzu kommen ein Einstreubereich und ein Gruppennest von je 900 cm<sup>2</sup> für je 10 Hennen. Bei Bodenhaltung (mit bis zu 6.000 Hennen pro Einheit) hat ein Huhn 1.100 cm<sup>2</sup> (ein knappes DIN A3-Blatt), ein Drittel der Stallfläche muss eingestreut sein. Bei der Freilandhaltung hat jede Henne zusätzlich 4 m<sup>2</sup> Auslauffläche. Bei Biohaltung schließlich ist die Zahl auf 3.000 Hennen pro Einheit begrenzt.

Immerhin hat das Verbot von Legebatterien<sup>3)</sup> bewirkt, dass aktuell in Deutschland erstmals mehr Hühner in Boden- bzw. Freilandhaltung leben als in Käfigen. Statt des Umbaus auf die “ausgestalteten Käfige” oder “Volieren” haben viele Betriebe gleich auf die Produktion der von Handel und Verbraucher nachgefragten Boden- und Freiland Eier umgestellt. 2008 lebten noch 60% der 32 Mio deutschen Legehennen in Käfigen. Ende 2009 wurden 13,3 Millionen Legehennen in Bodenhaltung gezählt, die Zahl der Käfighennen sank dagegen auf 7,6 Millionen.

Der heimische Bedarf an Eiern, vor allem mit Biosiegel, wird aus deutschen Landen nicht gedeckt. Insofern nutzt der Landwirt aus Fedderwarden eine Marktlücke. Die EG-Öko-Verordnung, an der sich der Betrieb orientiert, liegt allerdings unter den Vorgaben der klassischen Bioverbände. Bei Bioland wird z. B. kein Fischmehl oder Soja verfüttert, im Mittelpunkt steht der geschlossene Betriebskreislauf, so dürfen deutlich weniger Tiere pro ha Nutzfläche gehalten werden, auf der der Mist verwertet wird, über 50% des Futters muss



vom eigenen Betrieb oder von einer regionalen Kooperation stammen.

### Für Hennen O.K. – für Anwohner K.O.?

In der Fedderwarder Anlage teilen sich 14.994 Hennen einen Stall von knapp 2.200 m<sup>2</sup> plus sechs Ausläufe mit jeweils 10.000 m<sup>2</sup>. Damit sind die EU-Vorgaben für Biohennen formal erfüllt. Aus Sicht des Natur- und Umweltschutzes sind bei der Bewertung jedoch außer den Bedürfnissen der Hennen auch die Auswirkungen auf die Landschaft, auf die frei lebende Tier- und Pflanzenwelt, Wasser, Luft und Boden und nicht zuletzt die benachbart lebenden Menschen zu berücksichtigen. Letztere sind bei der Planung deutlich zu kurz gekommen. Erst durch den BUND erfuhren die Fedderwarder Bürger/innen, dass direkt

am Ortseingang ein Hühnerhof beachtlicher Dimension entstehen soll. Etwa 500 der 1.500 Einwohner/innen des Vororts unterschrieben eine Petition an die Stadt, mit der sich die Betroffenen gegen die Planung wehrten. Mittlerweile sind zwei Klagen von Bürgern anhängig.

Genehmigungspflichtig laut Bundesimmissionschutzgesetz (BImSchG) sind erst Ställe ab 15.000 Legehennen. (Deshalb enthalten die Planunterlagen auch die krumme Anzahl von 14.994 Hennen – viel Spaß beim Nachzählen!). Die Öffentlichkeit muss erst ab 40.000 Hühnern beteiligt werden. Es war hier also nur ein Antrag auf Baugenehmigung zu stellen. Nach BImSchG muss die Stadt als Genehmigungsbehörde die BürgerInnen in solchen Fällen nicht beteiligen – aber sie kann und darf sie beteiligen, wenn ihr an einem Interessensausgleich gelegen ist.

### Interessenskonflikte sind lösbar

Die Baugenehmigung wurde dem Landwirt inzwischen erteilt. “Die Stadt hat die Möglichkeiten zugunsten der Anwohner und des Naturschutzes nicht ausreichend geprüft”, kritisiert der BUND. Vielfach wird das Bild vermittelt, dass Genehmigungsbehörden und Gemeinden dem Stallbau-Boom machtlos gegenüberstehen. Falsch: “Auch wenn es sich bei der Zulassung der Anlagen um so genannte ‘gebundene Entscheidungen’ handelt, muss und darf die Zulassung nur erteilt werden, wenn die Schutzansprüche der Nachbarn und der umliegenden Natur und Landschaft gewährleistet werden. Den Landkreisen und den Gemeinden stehen im Rahmen der Raumordnung und Bauleitplanung einige wirkungsvolle Instrumente zur Verfügung, um Stallbauten auf geeignete Standorte zu lenken und die Geruchsbelastungen und den Schadstoffausstoß wirksam zu begrenzen”, erklärt BUND-Landesgeschäftsführer Stefan Ott.

Wer aufs Land zieht, muss natürlich mit ländlichen Gerüchen und Geräuschen rechnen. Doch hier geht’s um mehr als einen Misthaufen mit einem krähenden Hahn drauf. Wenn die Stadt ihr ehemals ländlich geprägtes Umland mit Wohnbaugebieten überzieht und dann gleich nebenan einen eher gewerblichen als bäuerlichen Betriebsausbau genehmigt, sind Konflikte programmiert.

Größte Sorge der Fedderwarder sind auch nicht die zu erwartenden Geruchsbelastungen, sondern Emissionen wie Feinstaub, Ammoniak und Stickstoff, die Mensch und Natur im Umfeld des Legebetriebs belasten. Damit befasste sich auch die förmliche

1) “ausgestalteter Käfig” – Vorschrift ab 2012; alter Käfig: 550 cm<sup>2</sup>

2) “Kleingruppenhaltung”

3) diese EU-Vorschrift wurde in Deutschland vorzeitig umgesetzt, die Übergangsregelungen für alte Käfige liefen Anfang 2010 aus



JONATHAN

NATURKOST

Die Bio-Frische in Wilhelmshaven

Marktstr. 94, 26382 Wilhelmshaven, Tel.: 13438

Öffnungszeiten: montags-freitags 9.00-18.30 Uhr, samstags 9.00-14.00 Uhr

### Fortsetzung Hühnerhaltung

Stellungnahme des BUND zum Vorhaben. Fachliche Unterstützung erhielt die Kreisgruppe dabei von Knut Haverkamp, der den BUND-Landesverband als Sachverständiger für Immissionsschutz und Stallbauten berät. Unter anderem fordert er eine regelmäßige Abfuhr des Hühnerkots, der nicht ausgerechnet gegenüber einem Wohngebiet gelagert werden sollte. Das freigesetzte Ammoniak stinkt nicht nur zum Himmel, sondern belastet auch angrenzende Gehölze und Gewässer. Durch eine Schutzbepflanzung könnten die bodennah aufsteigenden Gase ein Stück weit abgefangen werden. Ausreichende Bepflanzungen sollte es auch auf der Auslaufläche der Hühner geben. Ohne Deckungsmöglichkeiten würden die scheuen Tiere (ursprünglich Waldbewohner) den Auslauf gar nicht nutzen. Zum Schutz der angrenzenden Gewässer schlägt Haverkamp vor, aus dem Bodenaushub für das Stallgebäude einen Wall aufzuschichten, der den oberflächlichen Abfluss auffängt. Sinnvoll wäre eine Ringdrainage, die das Wasser am Rand des Hühnerhofes auffängt und einer Klärung zuführt.

### Gute Eier zu fairen Preisen

Höhere Auflagen für Tierhaltung und Umweltschutz sind eine Kostenfrage für den Betreiber, der sich den Kampfpreisen der Konkurrenz z. B. aus den Niederlanden oder Polen stellen muss. Wer bäuerliche Landwirtschaft will statt Agrarfabriken, sollte bereit sein, mehr Geld für Lebensmittel auszugeben und andere Prioritäten setzen. Ein Freiland-Ei nach EU-Standard kostet derzeit um die 17 ct, ein "Bioland-Ei" liegt bei 30 ct. Dumpingpreise gehen immer zu Lasten der Nutztiere, der Produktqualität, der Landwirte, der Arbeitsplätze, der Natur und damit auch der Allgemeinheit. Es muss ja nicht, wie in dem alten Volkslied, "in der Woche Hirsebrei"<sup>4)</sup> sein – aber wie wäre es, weniger Eier zu essen<sup>5)</sup>, dafür zu einem fairen Preis für faire Erzeugung?

Der Rückgang der Käfighaltung beweist, wie stark die Macht der Verbraucher ist. Die Entwicklung steht auch im Interesse der Landwirte, die von der tier- und umweltfreundlichen Erzeugung anständiger Lebensmittel anständig leben wollen.

Vom Standort her ist der Fedderwarder Mega-Hühnerhof ein Griff ins Klo und auch sonst nicht das Nonplusultra einer tier- und umweltgerechten Landwirtschaft, aber immerhin ein Schritt in die richtige Richtung.

Kontraproduktiv sind leider die deutsche und die EU-Agrarpolitik, die allen erkennbaren Problemen zum Trotz weiterhin die Industrialisierung der Landwirtschaft fördert. Der BUND hat gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft das Netzwerk "Bauernhöfe statt Agrarfabriken" gegründet, dem sich mittlerweile viele weitere Organisationen angeschlossen haben. □

[www.bund.net](http://www.bund.net)

[www.bauernhoeft-statt-agrarfabriken.de/](http://www.bauernhoeft-statt-agrarfabriken.de/)

4) "Ein Huhn, ein Huhn, das hat nicht viel zu tun. Nur sonntags gibt's ein Frühstücksei – in der Woche gibt es Hirsebrei ..."

5) Jede/r Deutsche isst etwa 210 Eier pro Jahr ("pur" oder als Bestandteil von Nahrungsprodukten).

# Alles anders

## Radio Jade legt sein Schicksal in die Hände einer GmbH

(iz) Am 7. April 2010 beschloss die Mitgliederversammlung des "Radio Jade Lokalfunk e. V." die Gründung einer gemeinnützigen GmbH und die Aufnahme von Mitgesell-schaftern. Konkret sind das der Brune Mettcker Verlag und die Firma Nordfrost von Horst Bartels.

Bartels habe, so Vereinsvorsitzender Wolfgang Schmitz, den Sender immer mal wieder mit Spenden unterstützt und knüpfte die Fortsetzung des finanziellen Engagements nun an die formale Aufnahme als Gesellschafter. Bartels wolle sich aber auch zukünftig inhaltlich aus dem Sendebetrieb heraushalten.

Die beiden Gesellschafter sollen je 24% des Gesellschaftskapitals halten, der Verein behält 52% und damit auch die Mehrheit der Stimmenanteile bei Beschlüssen. Bestimmte Entscheidungen, z. B. über das Stammkapital der Gesellschaft oder die Aufnahme neuer Gesellschafter, benötigen allerdings eine 3/4-Mehrheit und damit mindestens einen Gesellschafter mit im Boot.

Das Stammkapital ist mit 25.000 Euro festgesetzt (13.000 vom Verein, je 6.000 von den anderen Gesellschaftern). Jeder Gesellschafter zahlt jährlich einen Zuschuss von 24.000 Euro an den Sender. Eine ansehnliche Summe, die die chronische Finanznot des Senders deutlich lindern wird. Aber um wel-

chen Preis, fragen kritische Mitglieder, denn über die Gremien können die neuen Gesellschafter auch Einfluss auf die inhaltliche Ausgestaltung des Programms nehmen. Ein Teilnehmer erinnerte an die Situation in den Anfangsjahren von Radio Jade: Damals habe Verlagschef Manfred Adrian seinen Mitarbeitern verboten, mit den Redakteuren von Radio Jade in Kontakt zu treten. "Welche Position hat Adrian heute?"

Es kam die Frage auf, ob man dem Vorstand des Vereins, der diese grundlegende Entscheidung vorbereitet hatte, nicht vertraue. Die Vertrauensfrage galt aber wohl eher den neuen Gesellschaftern, und aus der Geschichte heraus war auch in Vorstandskreisen verständlich, worauf das Misstrauen beruhte.

Am Ende enthielten sich 11 der gut 30 anwesenden Vereinsmitglieder der schwerwiegenden Entscheidung, einer stimmte dagegen. □

## kommentar

### Liebesheirat

Am 22. April schickte ein Rundfunksender ein kurzes Programm durch Wilhelmshavens und Frieslands Äther: Radio Überleben - gegründet aus Kreisen der Belegschaft des damals vor der Schließung stehenden Olympia-Werkes. Ein Jahr sendete Radio Überleben fast jeden Mittwoch eine Viertel-bis halbe Stunde... Ein Hoffnungsschimmer in puncto Legalisierung war den engagierten Arbeitnehmern bald die bevorstehende Verabschiedung des neuen Niedersächsischen Landesrundfunkgesetzes (LRG), das nichtkommerzielle lokale Rundfunksender gestatten würde. (Zitat: Radio Jade Chronik) Das war vor 18 Jahren und markierte den Beginn von Radio Jade. Bevor der Sendebetrieb beginnen konnte, gab es allerdings massive Attacks von einer anderen Initiative, die sich auch um die Lizenz bei der Landesmedienanstalt in Hannover beworben hatte und unterlegen war. Zu dieser Gruppe gehörte auch der WZ-Verleger, dem die publizistische Ergänzung im Hinblick auf seine Geschäfte wohl gar nicht so recht war. Man könnte auch meinen, damals waren ihm Radio-Jade-Chef Michael Diers und Kollegen ein Dorn im Auge.

Neben diesen Widrigkeiten kämpfte der junge Radiosender in den vergangenen Jahren aber auch immer mit sich selbst: Die Mitarbeiter wechselten immer wieder, Vorstände kamen und gingen, und die wirtschaftliche Situation im Funkhaus in der Kieler Straße glich gelegentlich mehr einer Achterbahnfahrt. Ursächlich für letzteres war wahr-

scheinlich auch, dass viele Aufgaben von ehrenamtlichen Nichtfachleuten und einem Chef, der kein Kaufmann ist, erledigt werden mussten. Möglicherweise war es auch leichter, Geld aus Hannover auszugeben als das eigene. Und finanzielle Unterstützung anderswo zu finden ist auch nicht jedermanns Sache – da braucht man Fantasie und darf sich nicht immer nur über die ignoranten Politiker beschweren, wie in der Vergangenheit oft geschehen.

Aber jetzt ist er da, der Stein der Weisen: Wir gründen eine gGmbH (=gemeinnützige Gesellschaft), und zahlen sollen in Zukunft der einstige Erzfeind Manfred Adrian und ein wohlmeinender Nordfrost-Chef Horst Bartels. Natürlich können sich ablehnende Haltungen ändern und jeder Mensch lernt ja auch dazu, aber manches Mal können richtige Kaufleute einfach nur besser rechnen. Dass es im Hause Radio Jade Regelungen z. B. zur Unabhängigkeit der Redaktion gab, wurde in die Überlegungen zur Gründung der Gesellschaft, wie auf der letzten Mitgliederversammlung erlebt, nur sehr schlampig einbezogen. Außerdem soll bei Abstimmungen in der Gesellschafterversammlung z. B. über den jährlichen Haushaltsplan nur mit 3/4-Mehrheit entschieden werden können. So wird Tafelsilber verscherbelt, soll heißen, die redaktionelle und wirtschaftliche Unabhängigkeit. Aber so ist das nun einmal, wenn man mit Profis am Tisch sitzt – oder ist es gar eine Liebesheirat?

Auf der Internetseite von Radio Jade antwortet Radio-Chef Michael Diers auf die Frage, wie er zum Sender gekommen sei: Der Sender ist zu mir gekommen. Läuft Radio Jade jetzt zu einem neuen Vater?

**Wolle Willig**



## Aus der Schule geplaudert

### “Stimmt ja gar nicht!”

Bernd Althusmann, damals noch Staatssekretär, korrigierte eine OECD-Studie, derzufolge die Abiturquote in Niedersachsen gefallen sei und unter dem Bundesdurchschnitt liege. Viele Wege führen an die Universität, so Althusmann weiter, müsse man “alle Optionen” berücksichtigen.

Per Gymnasium erreicht Niedersachsen eine Abiturquote von gerade mal 28,7 %. Nicht einmal ein Drittel eines SchülerInnenjahrganges geht zum Gymnasium und schließt es auch erfolgreich ab. Unter Nutzung aller (Um)wege kommen wir aber in Niedersachsen doch auf eine Abiquote von 42 %! (WZ, 13.04.2010)

Es war ja schon etwas ungalant von Althusmann, diesen Text nicht noch Frau Heister-Neumann sprechen zu lassen, bevor er sie im Kultusministerium ablöste. Sie, in der WZ als “glücklos” bezeichnet, hätte wenigstens am Ende ihrer Amtszeit noch einen kleinen Auftritt gehabt.

Aber, Herr Kultusminister: Was halten Sie denn davon, Ihr Amt dazu zu nutzen, dafür zu sorgen, dass mehr jungen Menschen die verschlungenen und meist zeitraubenden Neben- und Umwege zum Abitur erspart bleiben? Wenn wir am Gymnasium nur 28,7 % der jungen Menschen zum Abi führen, noch einmal halb so viele es aber auf anderen Wegen schaffen, dann haben offensichtlich viele Schullaufbahnpfehlungen (damals noch nach Klasse 6 der inzwischen abgeschafften Orientierungsstufe) nicht gestimmt. Bald sind auch die Kinder/Jugendlichen, denen dank der Reform Ihres Vorgängers Busemann schon nach Klasse 4 eine wahrscheinlich noch unfundiertere Empfehlung ausgesprochen wurde, im Abi-Alter. Mal sehen, wie weit die Zahlen dann auseinanderklaffen!

Althusmann will an der Dreigliedrigkeit des Schulsystems natürlich nichts ändern. (Das wäre vermutlich in der CDU ein Grund für ein Parteiordnungsverfahren! - Am selben Tag, an dem die Kabinettsumbildung in Niedersachsen bekannt gegeben wurde, sah es in einer WZ-Überschrift aber doch glatt so aus, als sei sogar die Kanzlerin mittlerweile für die integrierte Gesamtschule als Regelschule: “Gleiche Bildung für alle”, wird Frau Merkel da in den Mund gelegt. Huch! Haben wir da etwas verschlafen? Nein, auch sie ist streng auf Kurs! Im Artikel steht's dann richtig: Sie hatte lediglich von “gleichen Bildungschancen” gesprochen. Dann geht's ja noch.) Um eine höhere Abiquote zu erzielen (?), will Althusmann den Leistungsdruck vorverlegen. So jedenfalls verstehe ich seine Absicht bei der “noch engere(n) Verzahnung von frühkindlicher Bildung in Kindertagesstätten und Krippen bis hin zur Grundschule”, denn er meint: “Das ist maßgeblich entscheidend für den Erfolg von Schülern.” (ZW, 30.04.2010)

### Der “Knaller”

war für die Schulen Niedersachsens jedoch nicht der neue Kultusminister, sondern die ebenso neue Sozial- und Integrationsministerin Aygül Özkan.

Als Wulff ankündigte, vier Minister auszutauschen und bei den vier Neuen drei Frauen seien, eine davon sogar “mit Migrationshintergrund”, erhoffte er sich sicher etwas anderes als das, was tatsächlich rauskam. Etwa: Wow, drei Männer und eine Frau raus, dafür drei Frauen und einen Mann rein, wie feministisch! Und dann auch noch eine Muslima als Ministerin, wie integrativ!

Aber dann musste er Frau Özkan noch vor ihrer Amtseinführung zurückpfeifen und gehörig auf den Pott setzen. Dass sie “absolut gegen türkische Schulen” sei, war ja noch okay, aber kurz darauf erklärte sie, nicht nur Kopftücher auf muslimischen SchülerInnenköpfen, sondern auch Kruzifixe an niedersächsischen Klassenzimmerwänden haben zu verschwinden, und das geht ja gar nicht! “Fehlstart”, rügte NWZ-Kommentator Rolf Seelheim, und Wulff stellte “schnell klar, dass die Landesregierung Kreuze in Schulen begrüße” und “Frau Özkan hat ihre persönliche Meinung zur weltanschaulichen Neutralität geäußert, aber sie stellt die niedersächsische Praxis nicht in Frage.” (WZ, 26.04.)

Schade, dass sie so schnell eingeknickt ist. Sie ist durchaus in guter Gesellschaft. Die Theologieprofessorin Uta Ranke-Heinemann z.B. nennt das Kruzifix eine “schwere Belastung für Kinder” und sieht im Kreuz “ein Symbol der Erziehung zur Grausamkeit”. (junge welt, 28.04.2010) Und das Bundesverfassungsgericht ist auch an Özkans Seite: “Die Anbringung eines Kreuzes oder Kruzifixes in den Unterrichtsräumen einer staatlichen Pflichtschule, die keine Bekenntnisschule ist, verstößt gegen Art.4 Abs.1 Grundgesetz” lautet der Leitsatz eines BVerfG-Urteils vom 16.05.1995.

Aygül Özkan stammt aus Hamburg, wo man das Verfassungsgerichtsurteil umgesetzt hat. Woher soll eine Hamburger Deern wissen, wie ihre Partei im Rest der Republik mit Verfassungsgrundsätzen umgeht? Z.B.: Trotz BVerfG-Urteil “hat es bislang wenig Vorstöße gegeben, Kruzifixe aus Klassenzimmern öffentlicher Schuleinrichtungen zu entfernen. Dass gerade eine designierte CDU-Ministerin in Niedersachsen jetzt einen solchen Vorstoß macht, ist völlig unnötig und unangebracht”, findet CDU-MdB Ingrid Fischbach. (junge welt, 27.04.2010)

Ich finde es wie der Freidenker Cornelius Kaal

“schon bemerkenswert, dass eine CDU-Politikerin von ihrer eigenen Partei, die immerhin Regierungspartei ist, attackiert wird, weil sie die Einhaltung der Verfassung verlangt.” (ebd.) Der Sturm ist aber schnell abgeflaut. Die freche Hamburgerin hat eins auf den Deckel gekriegt und wird die Füße jetzt wohl stillhalten.

### Girls + Boys = Zukunft

Außer diesen ganzen Aufregungen gab es im April auch noch den Girls Day. Da dürfen Schulmädchen mal einen Tag lang bei Papi auf der Arbeit in einen Männerberuf reinschnuppern. Weil das gleichberechtigungstechnisch aber politisch unkorrekt ist, ist es auch der Boys Day, und die Jungen dürfen einen Tag lang gucken, was Frauen so den ganzen Tag für wenig Geld machen müssen. Und weil es ja reichlich blöd wäre, diese Aktion am “Girls und Boys Day” zu starten, gibt es einen neuen Namen: Zukunftstag. In Berlin hat die Kanzlerin Schülerinnen ermuntert, IT-Berufe zu erlernen – sie selber als Mädchen hat ja auch ein Physikstudium geschafft. Und in Wilhelmshaven durften Schuljungen feststellen, dass Abwaschen “nicht uncool” ist. Die Jungen aus Hohenkirchen und Wilhelmshaven, die am 22. April im Mehrgenerationenhaus gekocht, Tische dekoriert und Geschirr gespült haben, waren es allerdings nicht, die auf die Erkenntnis bezüglich des Abwaschens gekommen sind. Das war die Beauftragte für Chancengleichheit bei der hiesigen Arbeitsagentur, die diesen Ausflug junger Männer in eine andere Welt begleitet hat. Die Jungs wollen nun doch lieber Tischler werden.

Am Zukunftstag dürfen Mädchen auch bei der Bundeswehr feststellen, dass Schießen Spaß macht und dass Deutschlands Freiheit am Hindukusch verteidigt werden muss. Und hier schließt sich der Kreis zum vorigen Thema dieser Betrachtungen: Sollten denn nicht nur Kruzifixe, sondern auch Werbekampagnen für die Bundeswehr aus Schulstuben verbannt werden?

Mit den Kruzifixen haben wir hier in Wilhelmshaven in den staatlichen Schulen ja keine Last, die hängen eher in Gegenden wie dem Emsland an der Wand. Wir haben mehr damit zu tun, dass die Bundeswehr sich mit stapelweise Propagandamaterial und Plakaten in den Schulen präsentiert. Und angesichts schlechter Berufsaussichten in Wilhelmshaven wollen nun auch immer mehr Mädchen zum Bund. Auf diese Art Zukunft würde ich lieber verzichten.

Anette Nowak

*Der GEGENWIND ist nicht das Verlautbarungsorgan einer Organisation. Er wird gemacht von Leuten, die zur politischen Linken um Gewerkschaften, Friedens-, Umweltschutz- und Frauenbewegung, SPD, Linke, Grüne und Alternative gehören. Die Zeitung versteht sich als Diskussionsforum der Linken in Wilhelmshaven und Umgebung.*

*Themenbereiche des GEGENWIND sind Arbeit, Kultur, Kommunalpolitik, Umwelt, Soziales.*

*Der GEGENWIND sieht es als seine Aufgabe an, Informationen und Kommentare zu verbreiten, die sonst keine Chance auf Veröffentlichung hätten, aufzuklären, sich einzumischen und Einfluss zu nehmen.*

*Der GEGENWIND wird durch Beiträge des GEGENWIND-Vereins, des GEGENWIND-Förderkreises und durch Anzeigen finanziert.*

*Kritik und Mitarbeit der LeserInnen sind erwünscht.*



**Gegenwind im Internet:  
[www.gegenwind-whv.de](http://www.gegenwind-whv.de)**

- Hier finden Sie die Meldungen, die wir in unserer Papierausgabe nicht mehr unterbringen konnten
- Hier finden Sie unsere Artikel oftmals in einer ausführlicheren Fassung
- Hier finden Sie alle Gegenwind-Artikel der letzten 12 Jahre

# Bismarck

## Soll auf dem Bismarckplatz wieder ein Bismarckdenkmal stehen? Oder ein Stauffenbergdenkmal?

(hk) Als August Desenz seine Orgel an den Nagel hängte, ersteigerte Holger Pesarra, der Wirt vom Böll, das Instrument – und damit ging es dann los. Plötzlich gab es eine Initiative, die ein Bismarckdenkmal auf dem Bismarckplatz errichten möchte. In der Wilhelmshavener Zeitung vom 22. März hieß es: *Anstoß zur Vereinsgründung gab die Ankündigung von Drehorgelspieler August Desenz, für eine Bismarck-Büste Geld sammeln zu wollen. 'Eine Büste reicht nicht, erst ein Denkmal, das mindestens vier Meter hoch ist, wirkt auf einem so großen Platz', dachte sich Holger Pesarra.*

In der WZ vom 12. April begrüßt OB Menzel die Planung zur Aufstellung eines Bismarck-Denkmal. In der Neuen Rundschau vom 28. April 2010 machte Pesarra dann allerdings klar, dass er überhaupt kein Bismarck-Denkmal wolle: *"August Desenz möchte ein Bismarckdenkmal, aufgrund seiner Verdienste bei der Reichsgründung und seiner Sozialgesetzgebung. ... Pesarra bevorzugt ein Stauffenbergdenkmal, um die Menschen zu ehren, die im Dritten Reich nicht weggeschaut und mitgemacht hätten."*

Geplant ist, dass es dazu noch in diesem Jahr eine Abstimmung in der Wilhelmshavener Bevölkerung geben soll.

Vorschläge, wem ein Denkmal zusteht, gibt es mit Sicherheit noch eine ganze Menge. Da fallen einem spontan die Namen Max Reichpietsch und Wilhelm Krökel ein, die zumindest eine tiefe Verbundenheit mit Wilhelmshaven haben. Ebenfalls ist eine Würdigung der Novemberrevolution, immerhin das geschichtlich bedeutsamste Ereignis in Wilhelmshaven, einen Gedenkstein wert. Man könnte allerdings auch meinen, dass diese ganze Denkmalysterie doch ein wenig abgehalftert ist. Der Gegenwind bittet zur Diskussion. Wir beginnen mit einer Pro-Stauffenberg-Meinung:

*Wilhelmshaven ist weiter auf dem Weg zu einer toleranten und weltoffenen Stadt, das wurde mir vor einigen Tagen beim Lesen der hiesigen Tageszeitung bewusst. Da forderten biedere Herren einer Burschenschaft, in demütiger Haltung, mit Studentenuniformen und Mützen der Kaiserzeit bekleidet, endlich wieder ein Bismarckdenkmal für diese Stadt. Begründet wurde ihr Begehren mit den Leistungen des ehemaligen Reichskanzlers bei der Staatsgründung und der Schaffung eines Kriegshafens.*

*Auf dem Bismarckplatz stand bis zum Jahre 1944 ein im Jahre 1905 enthülltes riesiges Bismarckdenkmal. Ein Jahr vor Kriegsende wurde es demontiert, eingeschmolzen und für den Endsieg in ganz Europa verteilt.*

*Die Schaffung eines Denkmals ist sicher in den meisten Fällen eine positive und wünschenswerte Aktion. Berichten sie doch nachkommenden Generationen über das Zeitgeschehen vergangener Jahrhunderte, verschönern das Stadtbild und sind eine touristische Bereicherung.*

*Nun darf man, auch wenn es der Bismarckplatz ist, heute aber kein Bismarckdenkmal mehr bauen. Solche Denkmäler wurden vor dem ersten Weltkrieg zu Hunderten erstellt, da Bismarck durch seine nationalistische und zutiefst konservative Gesinnung die Weichen selbst dafür gestellt hatte. Er unterdrückte sozialdemokratisches Denken und Liberalismus, regierte mit eiserner Faust und wurde von vielen Deutschen we-*

*gen seiner zutiefst demokratiefeindlichen Haltung wenig geliebt. Zuckerbrot und Peitsche waren die Leitlinie seines Handelns. Er privilegierte den Adel, stellte liberale Juristen zur Disposition und bevorzugte Reserveoffiziere und Korpsstudenten im Staatswesen. Seine Politik führte zu einem Riss zwischen Adel und Großbürgertum einerseits und der Masse des Volkes andererseits. Eine durch den Liberalismus getragene Vermittlung konnte nicht stattfinden. Seine Sozialistengesetze trieben viele Sozialdemokraten ins Exil, und seine halbherzigen Sozialgesetze hatten nur zum Ziel, die Arbeiter von der Sozialdemokratie wegzuführen. Dabei traf die Peitsche alle, das Zuckerbrot aber kam nur wenigen und dann auch nur sehr dürrig zugute. Der Anteil der Arbeiter am Volkseinkommen verringerte sich zwischen 1870 und 1890 um 55 Prozent.*

*Drei Kriege waren der Reichsgründung am 18. Januar 1871 vorausgegangen. Der Adel blieb dabei unter sich. Demokratisch gewählte Repräsentanten des Staatsvolkes, die seit mehr als fünfzig Jahren den Traum von der deutschen Einheit geträumt hatten, waren nicht zugegen. Dem jungen deutschen Nationalstaat hafteten Mängel an, die bis zu seinem Ende 1918 und darüber hinaus zu schwerwiegenden Fehlentwicklungen in der deutschen Politik führten.*

*Bismarcks blinde Verherrlichung von Kaiser, Preußentum und Militarismus haben eine devote nationale Untertanenmentalität gefördert. Dieser stumpfe Nationalismus trug sicherlich dazu bei, dass die Menschen 1914 mit Begeisterung in den ersten Weltkrieg marschierten. Das Scheitern der Weimarer Republik, das Erstarken der Nationalsozialisten und der furchtbare zweite Weltkrieg wird von vielen Historikern als logische Konsequenz gesehen.*

*Zur Realisierung dieses Denkmals ist ein Verein gegründet worden. Er will alternativ ein Mahnmal für die Widerstandskämpfer im dritten Reich gestalten. Im Gespräch ist, stellvertretend für alle, die sich diesem verbrecherischen Regime widersetzt haben, ein Stauffenbergdenkmal.*

*Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg gehörte zu den Männern, die am 20. Juli 1944 ein Atten-*

*tat auf Adolf Hitler planten und auch durchführten. Ziel war es, die Regierung zu stürzen, eine Übergangsregierung zu schaffen und Friedensverhandlungen mit den Kriegsgegnern aufzunehmen. Da dieser Bombenanschlag, den Stauffenberg im Führerhauptquartier in Ostpreußen ausgeführt hatte, nicht zum Tode des Diktators führte, scheiterte der Putschversuch. Die anschließende Säuberungsaktion unter den Verschwörern sowie deren Angehörigen und Freunden führte zu unzähligen Hinrichtungen. In demütigenden Schauprozessen am Volksgerichtshof unter dem Blutrichter Freisler sollten die Angeklagten vorgeführt werden. Sie bewiesen aber selbst im Angesicht des sicheren Todes Haltung und standen zu ihren Idealen. Aufgrund dieser Tatsache wurden entgegen der eigentlichen Absicht diese Prozesse nie in der damaligen Wochenschau gezeigt.*

*Nun waren viele dieser damaligen Widerstandskämpfer nicht Demokraten, wie man sie sich heute vorstellt. Sie kamen aus dem Kaiserreich und hatten dadurch natürlich auch andere Einstellungen zum Staatswesen als der heutige Bürger.*

*Aber zu den Widerstandskämpfern des dritten Reiches darf man nicht nur aufschauen, man muss sich zutiefst verneigen vor diesen mutigen Menschen, die nicht weggeschaut, sondern gehandelt haben, die ihr Leben riskiert und meist auch verloren haben. Diese Menschen standen für ein anderes, ein besseres Deutschland. Sie haben dem Ausland gezeigt, dass nicht alle Deutschen Verbrecher waren.*

*Wenn das Attentat am 20. Juli 1944 geklappt und Friedensverhandlungen stattgefunden hätten, wäre die Zahl der Opfer des zweiten Weltkrieges halbiert worden.*

*Ich glaube, 30.000.000 Menschenleben sind ein Denkmal wert.*

*Wenn es nach dem Willen der Initiatoren dieser Aktion geht, soll die Wilhelmshavener Bevölkerung über die Art des Mahnmales entscheiden.*

*Da ich nicht politisch im vorletzten Jahrhundert landen möchte, bekomme meine drei Stimmen ein Widerstandsdenkmal. Die erste aus dem Bauch heraus, die zweite verlangt mein Verstand, und die dritte, die kommt vom Herzen. □*



# Undank ist der Welt Lohn

## Verzögerungen der Eurogate verunsichern die lokale Hafenlobby

(iz) Trotz aller Loyalitätsbekundungen der EUROGATE sollte die Stadt Wilhelmshaven endlich erkennen, dass die globale Hafenwirtschaft kein Ponyhof ist.

„Ich appelliere an die Beteiligten, schnellstmöglich einen Termin für den Start des Hafens zu nennen. Das erwarten die verunsicherten Menschen in der Region.“ Enttäuschung und Wut schwingen mit in der Stimme des Oberbürgermeisters, der beim „WZ-Stammtisch“ Anfang Mai diesen Appell an die Eurogate als zukünftigen Betreiber des JadeWeserPorts richtet. Verständlich, hat doch die Stadt seit über 10 Jahren den Investoren einen roten Teppich nach dem anderen ausgerollt, und plötzlich halten die sich sehr bedeckt. Menzel wittert „politisches Kalkül“, nachdem „bestimmte Dinge in bestimmten Zeitungen gestanden haben“.

„Kein Schiff wird kommen nach Wilhelmshaven“ titelte die Financial Times Deutschland am 26.4.2010. „Der Jade Weser Port droht zu einer Investitionsruine zu werden. Der neue Containerhafen am Rand von Wilhelmshaven gilt unter Reedern als lästige Überkapazität. Die Betreiber wollen den Start um Jahre verzögern.“ Durch die Containerkrise von 2009 hat allein die weltweit größte Reederei Maersk – als Partner von Eurogate mit 30% am JWP beteiligt – 2,1 Mrd. Euro verloren, die sie nun schleunigst wieder einfahren muss. Da bleibt kein Spielraum, um auf die großen Hoffnungen einer kleinen Stadt an der deutschen Nordseeküste Rücksicht zu nehmen.

„Der Jade Weser Port kommt zur Unzeit. Konzipiert wurde das rund 360 Hektar große Projekt, als die globale Containerschiffahrt von einem Rekordjahr zum nächsten eilte ... Doch dann ließ die Weltwirtschaftskrise den Warenumsatz einbrechen. Das Überlaufventil JWP mit einer geplanten Startkapazität von 900.000 TEU (Standardcontainer) verwandelte sich plötzlich in eine 'lästige Überkapazität', wie aus Reederkreisen zu hören ist. Da hilft es auch wenig, dass der JWP der einzige deutsche Tiefwasserhafen sein wird ... Viele Reeder winken ab“, ätzt die „Financial Times“ weiter und schätzt die von Maersk und Eurogate angestrebte Verzögerung auf zwei bis drei Jahre. Das sei aber vertraglich gar nicht drin, versicherte Eurogate-Chef Emanuel Schiffer beim „WZ-Stammtisch“.

### Bedürfnisse befriedigen

Schiffer ist gleichzeitig Vorstandsmitglied des Hafendienstleistungskonzerns BLG Logistics Group. Dessen Wirtschaftsergebnis ist 2009 um 80% geschrumpft. Für das laufende Jahr rechnet man mit ähnlichen Zahlen. Dennoch will das Unternehmen eine Dividende von 25 Cent pro Aktie zahlen (dpa, 04.05.) Gleichzeitig wurden die Löhne der BLG-Beschäftigten über einen neuen Haustarif um bis zu 40% gesenkt. Zuvor waren 1.000 Jobs komplett gestrichen worden. Das persönliche Schicksal der Betroffenen vor Ort, ob in Bremer- oder Wilhelmshaven, steht nun mal nicht ganz oben auf der Agenda der Konzerne. Das ist nicht schön, aber die Realität, der man bei aller Begeisterung für den JWP ins Auge sehen muss.

Nicht nur in Wilhelmshaven steht das Ansehen der politischen Entscheidungsträger auf dem Spiel. „Die Niedersachsen befürchten

nun, dass der Hafen zwar pünktlich zum 5. November 2011 fertig wird, aber als Investitionsruine beste Wahlkampfmunition für die Opposition abgibt. Deshalb wird fieberhaft über Alternativen nachgedacht. Angeblich gibt es bereits Überlegungen, kurzfristig Offshore-Windenergie nach Wilhelmshaven zu holen ... Ministerpräsident Christian Wulff persönlich soll sich um diese Option bemühen, die in Konkurrenz zu den Plänen in Bremerhaven, aber auch zu den niedersächsischen Offshore-Standorten Emden und Cuxhaven stünde. Das deutet darauf hin, dass niemand mehr ernsthaft mit einem schnellen Start des Containerterminals rechnet.“ (Weserkurier 25.04.2010)

Von den früher prognostizierten riesigen Arbeiterkolonnen allein während der Bauphase sind nur 300 geblieben, die „konstant und bis zum Ende der Bauarbeiten“ dort benötigt werden. Und die kommen überwiegend nicht aus Wilhelmshaven. „Die Bunte-Mitarbeiter kommen mit den Geräten, sozusagen als Nomaden“, wie die Realisierungsgesellschaft auf Anfrage beim „WZ-Stammtisch“ ohne Umschweife klarstellte. Aber menschlich betrachtet ist es doch in Ordnung, dass Leute Arbeit haben – egal, ob sie nun von hier oder aus Hamburg oder Italien stammen. Selbst Schiffer wies darauf hin, dass es auch in Bremerhaven, Brake oder Nordenham viele Arbeitslose gibt. „So einfach ist es nicht, zu sagen, blockiert doch mal andernorts eure Aktivitäten, damit hier alles läuft.“ Und überall gibt es Bürgermeister, die ihr letztes Hemd gegeben haben, um das Interesse und die Sympathie der Investoren zu gewinnen.

Zu Recht will auch die Region etwas vom großen Kuchen JWP abhaben. In Schortens entsteht das Gewerbegebiet JadeWeserPark, in Oldenburg baut Schenker eine neue Speditions-Drehscheibe. Nicht zuletzt muss die Bevölkerung „im Hinterland“ auch negative Auswirkungen des Hafens mittragen. So gibt es in Bremen Protest gegen das Vorhaben der Deutschen Bahn, das Gleis 1 am Bremer Hauptbahnhof für den Güterverkehr vom JWP auszubauen.

### Gefährliches Konkurrenzdenken

Tatsächlich ermöglicht erst das Kirchturmdenken der Länder und Kommunen den Konzernen, aus den verschiedenen Standorten Dumping-Bedingungen herauszukitzeln, um die eigene Rendite zu erhöhen. Die Global Player der Hafenwirtschaft gehen da sehr selbstbewusst ans Werk. Auf der einen Seite kritisieren sie zu teure Standortbedingungen wie zu hohe Hafengebühren oder Passagekosten für den Nordostseekanal, auf der anderen Seite fordern sie ein höheres finanzielles Engagement der öffentlichen Hand zur Absicherung ihrer Aktivitäten. Bund und Länder sollen also auf Einnahmen verzichten, aber gleichzeitig aus den schrumpfenden Kassen mehr Investitionszuschüsse rausrücken.

Solidarität statt Konkurrenz forderte der ehemalige Raffineriechef Johan Anton van Weelden, der im Publikum des „WZ-Stammti-

ches“ saß. „Wir sollten über einen Hafen reden, Bremerhaven, Hamburg und Wilhelmshaven zusammenfügen“. Das ist übrigens auch eine alte Forderung der Umweltverbände: auf unterschiedliche Schwerpunkte der einzelnen Standorte setzen, statt Elbe, Weser und Jade weiterhin parallel auszubaggern und zuzubauen, zu Lasten der Natur und der öffentlichen Haushalte.

Irgendein Schiff wird schon irgendwann kommen zum neuen Terminal am ehemaligen Geniusstrand. Dennoch haben die Skeptiker Recht behalten, was die Zweifel an den hochtrabenden Erwartungen unserer lokalen Politik und Wirtschaft betrifft. Die sich auch in den BürgerInnen festgesetzt haben. „Ich vermisse bei Eurogate ein klares Bekenntnis an die Reeder, nach Wilhelmshaven zu kommen, statt gleichzeitig die Elb- und Weservertiefung zu fordern“, ärgerte sich ein Zuschauer beim Stammtisch. Wieso sollten sie? Eurogate und Maersk sind nicht die Caritas und Herr Schiffer ist kein Abgesandter von Mutter Theresa.

### Was lernen wir daraus?

In der Vergangenheit wurden die Skeptiker oft zurückgepfiffen, ja keine kritischen Nachfragen an die großen „Partner“ zu stellen, um sie nicht zu verärgern und das Vertrauen nicht zu zerstören. Nun zeigt sich, dass schöne Pressefotos vom Bürgermeister neben Vertretern der Global Player keine Garanten für eine alles überdauernde Freundschaft sind. Selbst die Realisierungsgesellschaft lässt die Muskeln spielen und bereitet eine Klage gegen Eurogate vor für den Fall, dass die Terminzusagen für die Inbetriebnahme des JWP nicht gehalten werden. Und der niedersächsische Wirtschaftsminister Jörg Bode drohte, Bremen beim weiteren Ausbau des Tiefwasserhafens außen vor zu lassen. Schluss mit Friede, Freude, Eierkuchen.

Es geht hier nicht um Schadenfreude darüber, dass Skepsis (leider) angebracht war – was nützte dem zerstörten Geniusstrand ein Denkmal aus 360 ha leerstehender Betonfläche? Es ist ja nicht das erste Mal, dass Investoren ihre Zusagen nicht einhalten. Am Anfang stand die Alusuisse, die ihren Plan für ein Aluminiumwerk auf dem Rüstereieler Groden ad acta legte. Der Bau des DFTG-Flüssiggas-Terminals löste sich nach fast 30 Jahren in heiße Luft auf. Bei der INEOS und der WRG-Raffinerie wurden Ausbau-Investitionen in Milliardenhöhe aufgegeben bzw. auf Eis gelegt. Und nach dem Großbrand weiß keiner, wie es mit der Raffinerie weitergeht. Unsere Lokalpolitiker sollten daraus lernen, zukünftig sachlicher und distanzierter mit potenziellen Partnern umzugehen und gleichzeitig offener mit kritischen Fragen aus der Bürgerschaft. □

## Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak  
Legasthenietherapie  
Lese-/Rechtschreibtraining  
Diagnose und Beratung  
Auskunft und Anmeldung  
04421 - 99 64 70

# Achillesferse Feedergeschäft

## Deutsche Häfen haben mit Strukturveränderungen im Containertransport zu kämpfen.

(jm) Man habe im Jahre 2009 beim Containerumschlag einen Rückfall auf das Jahr 2006 hinnehmen müssen, eröffnete das Eurogate Vorstandsmitglied Emanuel Schiffer die Situation beim WZ-Stammtisch am 6. Mai im Kreuzelwerk.

Dies gelte es wieder wettzumachen. Im 1. Quartal dieses Jahres verzeichnet Eurogate in Bremerhaven wieder ein Umschlagplus von 12%, in Hamburg allerdings ein Minus von 11%. *„Es ist jetzt die spannende Frage, wie geht es jetzt wieder aufwärts und wie kommen wir über das Jahr 2008 hinweg.“* Er gibt sich jedoch überzeugt, *„... dass die Kapazität in Zukunft wieder gebraucht wird.“*

Bis dahin dürfte sich jedoch wenig tun am JadeWeserPort (JWP): *„Wegen des gesunkenen Frachtaufkommens macht es gegenwärtig keinen Sinn, die Hafenskapazitäten hier in der Region auszuweiten“*, erklärte das Maersk-Vorstandsmitglied Morten Engelstoft bereits zwei Wochen zuvor (Weser Kurier, 21.04.10). Maersk Line ist bekanntlich mit 30% am JWP-Terminal beteiligt.

Herr Schiffer nennt - am WZ-Stammtisch darauf angesprochen - auch Zahlen: An anfänglichem Umschlagvolumen würden fast 1 Mio. TEU gebraucht. *„Davon 800.000 von Maersk und 200.000 von Drittkunden, um sinnvoll in Betrieb zu gehen. Das habe Herr Engelstoft wiederholt, und das ist auch in unserem Plan enthalten ...“*

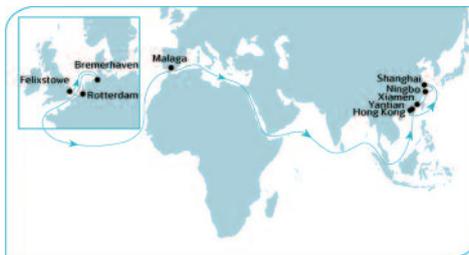
Bemerkenswert an diesem Teil der Ausführungen ist, dass der sonst gerne in den Vordergrund gerückte Bedarf der großen Containerschiffe an einem Tiefwasserhafen einfach unter den Tisch gefallen ist. Dabei gibt es schon ein Dutzend 14.000 bis 15.000 TEU-Schiffe, die - trotz nahezu identischer Tiefgangsbeschränkungen - die Terminals in Felixstowe, Antwerpen, Bremerhaven und Hamburg anlaufen. Zur Zeit können die Mega-Liner die Westerschelde, die Elbe und die Außenweser tideunabhängig nur mit einem Tiefgang von 12,50 m befahren und kommen damit zurecht.

Die Schiffe der 'Emma-Mærsk-Klasse' z.B. laufen seit Jahren im Liniendienst zwischen China und Europa regelmäßig Bremerhaven an. Und bevor sie die Außenweser aufwärts fahren, haben sie schon Terminals in Algieras, Tanger, Rotterdam und Felixstowe abgeklappert und kommen in der Regel nur noch teilbeladen in Bremerhaven an. (s. Abb. AE7 Westbound). Trotzdem sollen die Fahrwasser von Elbe und Weser tideunabhängig für Schiffe mit 13,50 m Tiefgang befahrbar gemacht werden. Auf der Westerschelde hat man schon damit begonnen.



Asia - Europe (AE7) - Westbound

Auf der Linie AE7 setzt Maersk Line 10 Schiffe ein; acht mit 15.000, eins mit 13.800 und eins mit 9.100 TEU. Eine Rundreise dau-



Asia - Europe (AE7) - Eastbound

ert 70 Tage. Müsste diese Schifffahrtslinie aus Tiefgangsgründen tatsächlich von Bremerhaven zum JWP wechseln, könnte hier jede Woche einer dieser Mega-Carrier für Arbeit beim Be- und Entladen sowie beim Umladen in Feederschiffe sorgen.

Würde jedes dieser Schiffe am JWP-Terminal durchschnittlich 5.000 TEU löschen und 5.000 TEU wieder zuladen, dann würde schon dies allein eine jährliche Umschlagleistung von 520.000 TEU erbringen. Lt. Herrn Schiffer wird der JWP einen großen Transshipmentanteil von 60% haben. In unserer Rechnung wären dies 312.000 TEU, die als Transiladung mit sog. Feederschiffen von und zu den Osteehäfen transportiert würden. Die durch die 10 Linienschiffe generierte Umschlagleistung läge schon bei insgesamt 832.000 TEU! Was also hält die Reederei Maersk davon ab, die Vorteile des einzigen deutschen Tiefwasserhafens für seine Mega-Liner zu nutzen?

Für Herrn Schiffer kommt jedoch dieses Tiefgangsproblem erst zum Tragen, wenn die Mega-Liner mehr werden: *„Ich habe davon gesprochen, dass in zwei bis drei Jahren nach unserer Schätzung 140 Schiffe mit 14.000 TEU auf den Markt kommen, von denen es heute nur einige wenige gibt - ein paar der Emma-Mærsk-Klasse, ein paar von MSC und ein paar von CMA. Diese Schiffe haben ein ganz anderes Tiefgangsproblem und werden in Hamburg und in Bremerhaven ein großes Problem haben, weil sie nur noch halb abgeladen fahren können.“*

Wie gesagt: Ein Dutzend davon befinden sich zum Teil schon seit Jahren in Fahrt und laufen Bremerhaven an.

*Mit der „CMA CGM Christophe Colomb“ läuft am 11. Juli der bisher größte Mega-Boxer Hamburg an. Der eigentlich in einem Dienst via Bremerhaven eingesetzte 13.800 TEU-Frachter wird ... in die FAL5-Linie integriert, die ihn regelmäßig in die Elbmetropole führt. ...Im Rahmen des neuen FAL5, der gemeinsam mit Maersk Line betrieben wird, bedient der 366 Meter lange Mega-Boxer die Häfen Ningbo, Shanghai, Tanjung Pelapas, Port Kelang, Le Havre, Hamburg, Rotterdam, Zeebrugge, Port Kelang, Singapur und wieder Ningbo. (Täglicher Hafenbericht, 14.05.10)*

Dass die gebetsmühlenhaft wiederholte Notwendigkeit eines deutschen Tiefwasser-

Terminals allenfalls graue Theorie ist, wird nicht nur durch die gängige Praxis, sondern indirekt auch durch Herrn Schiffer bestätigt:

*„Eurogate selbst kann keine Container vom Standort Hamburg nach Bremen oder von Bremen nach Bremerhaven oder von Bremerhaven nach Wilhelmshaven bringen, sondern wir sind dabei auf die Reeder angewiesen, die natürlich im Moment unter einem ganz besonderen Druck stehen, weil es ihnen selber auch nicht so gut geht und innerhalb unserer Gruppe - und da brauch' ich mich keineswegs entschuldigen - ist es ganz einfach so, dass zwei Reedereien, nämlich einmal Maersk Line und die französische CMA CGM, die die drittgrößte Reederei der Welt ist, die Mengengarantien übernommen haben, auch die Verpflichtung übernommen haben, zum richtigen Zeitpunkt die Dienste hier nach Wilhelmshaven zu bringen.“* Das klingt nach 'Pfeifen im dunklen Wald'.

## Vorbei an deutschen Häfen

Dramatisch sind - wie Herr Schiffer herausstellt - die Einbrüche im Transshipmentsektor, d.h., dem Hafenumschlag zwischen den großen Transozean- und den kleineren Feederschiffen, die einen Teil der Übersee-Container auf die Ostseehäfen verteilen und mit Exportladung zurückkommen: *„Der Feederanteil ist der Anteil, der den deutschen Häfen insgesamt in der Summe erheblich zu schaffen macht.“* Mit 37% Rückgang beim Ostsee-Transshipment habe Russland an der Spitze gelegen. Natürlich sei im Umkehrschluss dort das Potenzial dafür vorhanden, dort wieder deutlich zu wachsen. Gerade für den JWP sei der russische Transshipmentanteil wichtig. Dies manifestiere sich auch dadurch, dass nach wie vor beabsichtigt sei, dass sich die russische National Container Company (NCC) mit 18,2% an der JWP-Betreiber-Gesellschaft beteilige und Eurogate mit 18,2% bei der NCC in St. Petersburg einsteige.

Doch dann gießt er wieder Wasser in den Wein: Es werde immer interessanter für die Reeder, rund um Skagen in die Ostsee zu fahren. Durch die Meidung des Nord-Ostsee-Kanals *„verlieren wir hier, ob es Hamburg, Bremerhaven oder Wilhelmshaven ist, gleichermaßen einen Vorteil“*, weil man dann die Zeitersparnis, von hier aus durch den Nord-Ostsee-Kanal z.B. nach St. Petersburg zu fahren, nicht mehr habe. *„Das ist aber wichtig für die Entwicklung nicht nur des JadeWeser-Ports, sondern für die deutschen Häfen insgesamt.“*

Als Grund für dieses Verhalten der Reeder führt er die zu hohen Entgelte für den Containerumschlag, die Hafengebühren und die Gebühren der Lotsen in den deutschen Häfen und *„allen, die damit zu tun haben“* an und stellt besonders die Erhöhung der Kanalgebühren für den Nord-Ostsee-Kanal heraus, die mitten in der Krise im Jahre 2009 auch noch um 10% erhöht worden seien. *„Das ist kontraproduktiv für die deutschen Seehäfen, weil es immer interessanter wird, oben um Skagen herumzufahren, weil man sich das sparen kann, und das Gleiche gilt auch für die Bunkerkosten.“*

## Ausgerechnet Maersk

Dann kommt er auf eine weitere Entwicklung zu sprechen, die nicht durch Lohndumping, Gebührenermäßigung usw. beeinflusst werden kann:

*“Maersk Line hat aber seine Strategie und Fahrtziele geändert, indem sie zum Teil heute auch mit den großen Schiffen direkt in die Ostsee fahren – nämlich nach Aarhus, nach Göteborg nach Danzig – diese Schiffe fahren denn auch an der deutschen Küste insgesamt vorbei, auch der Dienst, der nach St. Petersburg fährt.”*

Dem ist hinzuzufügen, dass Maersk Line die Häfen in Aarhus, Göteborg und den neuen in die Danziger Bucht gebauten Container-Terminal im Wochentakt mit 8.100 TEU-Carriern anläuft. Diese Schiffe sind übrigens für eine Passage des Nord-Ostsee-Kanals rund 100 m zu lang bzw. 10 m zu breit.

Wie aus nachstehender Tabelle zu ersehen, laufen diese Schiffe auf dem Rückweg von Asien auch fahrplanmäßig Hamburg an. Vor dem letzten Hafen auf der Ausreise geht's zudem noch nach Bremerhaven. Trotzdem bleiben den beiden Häfen Umschlagverluste nicht erspart, weil das Be- und Entladen der Feederschiffe wegfällt...

**Asia – Europe (AE10) – Westbound**

PORT	ARRIVES	DEPARTS	TRANSIT
Ningbo, China		MON	--
Shanghai, China	MON	TUE	1
Kaohsiung, Taiwan	THU	FRI	4
Yantian, China	FRI	SAT	6
Hong Kong, China	SAT	SUN	7
Tanjung Pelepas, Malaysia	WED	THU	10
Le Havre, France	MON	TUE	29
Zeebrugge, Belgium	TUE	WED	31
Hamburg, Germany	THU	FRI	32
Gdansk, Poland	MON	WED	36
Gothenburg, Sweden	THU	FRI	39
Aarhus, Denmark	SAT		41

**Asia – Europe (AE10) – Eastbound**

PORT	ARRIVES	DEPARTS	TRANSIT
Hamburg, Germany		FRI	--
Gdansk, Poland	MON	WED	4
Gothenburg, Sweden	THU	FRI	7
Aarhus, Denmark	SAT	SAT	9
Bremerhaven, Germany	MON	TUE	11
Rotterdam, Netherlands	TUE	THU	12
Singapore, Singapore	THU	FRI	35
Hong Kong, Hong Kong	MON	TUE	39
Kobe, Japan	SAT	SAT	44
Nagoya, Japan	SUN	MON	45
Shimizu, Japan	MON	MON	46
Yokohama, Japan	TUE	TUE	47

Die gleiche Erfahrung könnte dem Transshipment zwischen den deutschen Terminals (inkl. dem JWP) und Russland bevorstehen: Am finnischen Meerbusen in der Luga Bucht - dicht an der russischen Grenze zu Estland - wird der Bau eines neuen Container Terminals fortgesetzt. Dort sollen in wenigen Jahren 1,5 Mio. und noch in diesem Jahrzehnt bis zu 3 Mio. TEU umgeschlagen werden. Die Wasertiefen in der Zufahrt werden mit 16 m angegeben. Ganz große Containerschiffe brauchen dann nicht mehr nach St. Petersburg zu fahren. Der Bauherr ist die schon erwähnte NCC, an der sich Eurogate beteiligen will.

**Axel Kluth: “Es gibt ’ne Krise ...**

Zum Streit um den Eröffnungstermin vertritt Herr Schiffer die Auffassung, dass im Betreibervertrag gewisse Sicherheiten eingebaut wurden und man habe *“aus unserer Sicht eine ganz klare vertragskonforme – wie sie wörtlich im Vertrag steht – Verschiebung der Inbetriebnahme um drei Monate angezeigt. ... Damit ist unserer Sicht der derzeit gültige Inbetriebnahmetermine Februar 2012 – oder um das klarer zu sagen, der 5. Februar 2012.”* Alles Weitere würde intern diskutiert.

Diesbezügliche Fragen boten Herrn Schiffer die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass einem zwischen der JWP-Realisierungsgesellschaft und der EUROGATE Container Terminal Wilhelmshaven GmbH erzielten Verhandlungsergebnis anschließend von den

Teilhabern und Shareholdern zugestimmt werden müsse. Er erinnert daran, dass neben Eurogate auch Maersk als Mitgesellschafter darüber mitzubefinden habe. Die Shareholder bei Eurogate sind je zu 50% die Hamburger Firma Eurokai und die BLG Logistics Group. BLG-Shareholder sind wiederum die Freie Hansestadt Bremen (50,4%), die Bremer Landesbank (12,6%) und die Sparkasse in Bremen (12,6%). Der Rest ist in Streubesitz.

Überdies ist der Terminalbereich des JWP-Baukörpers je zur Hälfte von Niedersachsen und Bremen finanziert worden. Axel Kluth - Verhandlungsführer der JadeWeser-Port-Realisierungsgesellschaft - im Clinch mit Eurogate – konstatiert dazu: *“Es gibt ’ne Krise, die wir lösen müssen.”* Das ist nicht einfach, denn Maersk hat seine Position klar umrissen. Und auch der Eurogate-Shareholder BLG Logistics wird im Interesse Bremens alle sich bietenden Möglichkeiten nutzen, die Bremerhavener Terminals vor einem drohenden Containerabfluss nach Wilhelmshaven zu bewahren. Aus bremischer Sicht darf der JWP eigentlich nicht mehr sein als ein Bypass für den Fall, dass die Terminals in Bremerhaven einmal zu verstopfen drohen.

Es muss also ein Kompromiss gefunden werden! Verfolgt man die täglichen Pressemeldungen, dann scheint man als Ausweg nach einer Mogelpackung zu suchen – sozusagen dem Ei des Kolumbus! (Der hat bekanntlich das Problem, ein gekochtes Ei auf die Spitze zu stellen, dadurch gelöst, dass er das Ei mit der Spitze auf den Tisch geschlagen hat, so dass es - solchermassen eingedätscht - aufrecht stehen blieb.)

**Ausschreibungen**

Tja – und dann berichtete Herr Schiffer noch über die Ausschreibungen, die noch einmal - in kleinere Gewerke aufgeteilt - rausgegangen seien. Substanziell hat er anschließend das aufgezählt, was für den Betrieb einer Containerschleuse unbedingt erforderlich ist: Containerbrücken, einen Asphaltbelag (für die Van-Carrier-Rennstrecken und den Container-Stellplatz), einen Containerbahnhof (profan ausgedrückt, eine vielgleisige Vorstellgruppe) und ein 'Gate'. Leider werde das Gate nicht so groß wie ursprünglich geplant, weil dafür keine Mieter gefunden wurden. So wird einzig Eurogate eine abgespeckte Version des 'Gate' als Betriebsgebäude beziehen.

Eine klare schriftliche Stellungnahme gab Herr Schiffer auf spätere schriftliche Nachfrage zu den Containerbrücken am JWP-Terminal ab: *“... es bleibt dabei, wenn der JadeWeser-Port in Betrieb geht, werden dort Containerbrücken stehen, die die größten Schiffe (E-Klasse) ohne Probleme abfertigen können.”*

Damit hat er Pressemeldungen widersprochen, die von der Verlegung von kleineren - in Bremerhaven nicht mehr benötigten Umschlagbrücken – zum JWP berichtet hatten.

Das von Herrn Schiffer vorgetragene Szenario zur derzeitigen Situation im Containerbereich auf dem Weltmarkt weckte bei Dr. Uwe Biester (MdL/CDU) erhebliche Zweifel am vorgetragenen JWP-Eröffnungstermin: *“Da frage ich mich im Grunde, was helfen die drei Monate. ... Dass es sich nur um die drei Monate handelt, die Sie zunächst angezeigt haben, das glaube ich Ihnen wiederum nicht – muss ich ehrlicherweise sagen; denn das passt nicht zu dem, was Sie vorher geschildert haben über die gesamten Rahmenbe-*

*dingungen, in denen sich die Containerschifffahrt derzeit befindet.”*

Übrigens: Nicht erwähnt hat Herr Schiffer frühere Ankündigungen von Eurogate, dass sich abseits der Kaikante Firmen, wie die Eurogate-Tochter 'Oceangate Distribution', 'BLG-Cold Store Logistics' sowie 'Maersk Logistics Deutschland' ansiedeln würden. Vorgesehen seien – hieß es damals - u.a. eine Container-Packstation, ein Container-Depot, Containerwartung und -reparatur, seemäßige Verpackung. Zusammen mit dem Terminalbetrieb würden so 1.000 Mitarbeiter beschäftigt (s. Gegenwind Nr. 223). Auch im Vortrag von Rüdiger Beckmann, dem Vertriebsleiter der JWP Logistics Zone GmbH GmbH&Co KG, der die Logistikflächen auf dem Hafengroden vermarkten soll, fand das keine Erwähnung.

Interessant an seinem optimistisch gehaltenen Vortrag waren die Probleme beim Zu- und Ablauf des Straßenverkehrs. Es sei damit zu rechnen, dass die Parkfläche auf dem Hafengroden für die Container-Trucks bei einem Stau auf dem Terminal nicht mehr ausreicht und diese dann auf Parkgelegenheiten in Varel oder Oldenburg ausweichen müssten. In diesem Zusammenhang erwähnte er beiläufig, dass die Firma Schenker in Oldenburg einen neuen Speditionshub baut.

Auf eine spätere schriftliche Bitte um Erläuterungen antwortet Beckmann u.a.: *“Ein Speditionshub, wie es in Oldenburg bereits bei einigen Speditionen besteht, die von dort aus im regionalen Nahverkehr in Sendungen verteilen und einsammeln, ist die Grundlage für den Stückgutbereich. Wir sprechen also hier nicht über Vollcontainer-Transporte (FCL), sondern über Stückgutladungen, die aus Container ausgepackt und weiterbearbeitet oder versandt werden. Stückgüter oder im Containerbereich LCL sind nicht nur auf Transporte zum oder vom JadeWeserPort zu finden, sondern bestimmen die logistische Infrastruktur der gesamten Region. In meiner Präsentation habe ich auf die Planung der Spedition Schenker Bezug genommen, die unabhängig vom JadeWeserPort erfolgt.”*

Herr Beckmann meint also - auf den Punkt gebracht – dass in Oldenburg nur ein Verteilerzentrum für das regionale Güterverkehrsaufkommen (die sog. Loco-Quote) entsteht. Trotzdem beschleicht einen die trübe Ahnung, dass durch ein im Kern bereits bestehendes Güterverteilerzentrum in Oldenburg eine Entwicklung eingeleitet worden ist, die den Aufbau arbeitsintensiver Wertschöpfung am JWP zum Scheitern bringen wird. □

Grafiken Quelle: Maersk Shipping Schedule

# Südstadt!!

BAVARIA KRUG

Betreutes Trinken  
seit 1913!



Sonntag, 6. Juni, 14.30 h

## Someday Jacob

Folk

Hinter Soday Jacob verbirgt sich der Bremer Songwriter Jörn Schlüter. Bevor der Gitarrist und Sänger vor zwei Jahren mit einem eigenen Programm an den Start ging, schrieb er Songs für andere Künstler, agierte als Gitarrist und musikalischer Leiter für verschiedene Projekte und Veröffentlichungen. Als Soday Jacob spielt Schlüter Songwriter-Folk, der manchmal an Paul Simon erinnert. Soday Jacob ist zudem Teil des Songs&Whispers-Netzwerkes, das ja bekanntermaßen regelmäßig auch im Fair Café halt macht. Apropos: im Fair Café ist Jörn Schlüter auch deshalb ein guter Bekannter, weil er dort viele Gigs als Gitarrist der CCR-Revival-Band absolvierte.

Sonntag, 13. Juni, 14.30 h

## Vathouse

Folk-Rock

Sonntag, 20. Juni, 14.30 h

## Johnny Parry Trio

Alternative

## Little Giant

Folk

Sonntag, 27. Juni, 14.30 h

## Marius Tilly Band

Blues-Rock

Die Musik der Marius Tilly Blues Band versucht den Blues mit modernen Rock- und Popelmenten zu verbinden. Im Zentrum der Musik stehen die zahlreichen Eigenkompositionen. Der Band ist es wichtig, ein eigenes Repertoire zu besitzen, um so auch ein junges Publikum anzusprechen und dem Blues zu neuer Popularität zu verhelfen. Bevor die drei Musiker im September 2009 die M. T. Blues Band gründeten, waren sie in verschiedenen Stilrichtungen, wie Rock, Jazz und Funk unterwegs, welche man in ihrer aktuellen Musik des Öfteren wieder finden kann. Im Januar konnte die Band bereits als Support für die Deutschland weit bekannte Blues Company auftreten und ist nun auf dem besten Weg, sich überregional einen Namen zu machen.

Fair-Café im Kultur- und Bildungszentrum  
Fairhandelshaus MERCADO MUNDIAL  
Accumer Str. 5, 26419 Schortens/Grafschaft,  
Tel. Konzert-Büro: 04423/709360  
Öffnungszeiten:  
Fair-Trade-Shop Di-Fr 14.30 -18.00 h,  
sonntags 14.30 - 18.00 h  
Einlass bei Abendkonzerten 19.30 h,  
Sommerkonzerte 18.30 h  
Ticket-Hotline 0180-5040300



## Juni 2010

Mi. 02.06	19.00 Uhr	Mittwochs am Pumpwerk "Primetime"
Fr. 04.06.	20.00 Uhr	In Memory of Cadi - Benefiz-Konzert für Carsten "Cadi" Dierenga (1967-2010) mit den Musikern u. a. von Mob Rules, Harum Scarum, Black Jack und den Tip Tops.
Sa. 05.06.	18.00 Uhr	WoodPackParty mit 5 Bands: u.a. Anni Soulshine, Skalinka, Blue Berry Muffins, Int. Vagabound Orchester / Eintritt frei
Mi. 09.06	19.00 Uhr	Mittwochs am Pumpwerk "Soulman"
Fr. 11.06.	15.00 Uhr	Pumpwerk-WM-Arena Eröffnung
Sa. 12.06	14.00 Uhr	Antifaschistischer Aktionstag 2010
So. 13.06	10.00 Uhr	Kinderflohmarkt - Eintritt 1,- Euro
So. 13.06.	20:30 Uhr	WM-Arena "Deutschland : Australien" (ab 19 Uhr: Still No Doubt)
Mi. 16.06	16.00 Uhr 19.00 Uhr 19.00 Uhr 21.00 Uhr	FIFA-WM "Spanien : Schweiz" Mittwochs am Pumpwerk "Spanischer Abend" Treff nach 7 im Saal Backstageparty Backstage
Do. 17.06.	20.00 Uhr	Klassik am Meer "G-Strings"
Fr. 18.06.	13.30 Uhr	WM-Arena "Deutschland : Serbien" (ab 12.30 Uhr: Black Jack)
Di. 22.06.	18.00 Uhr	School's Out Party
Mi. 23.06.	19.00 Uhr 20.30 Uhr	Mittwochs am Pumpwerk "Mercury" FIFA-WM "Ghana : Deutschland"
		WM-Arena weitere Übertragungen bei deutscher Beteiligung
Mi. 30.06.	19.00 Uhr	Mittwochs am Pumpwerk "Good Old Boys" im Biergarten

### Pumpwerk WM-Arena

Stadion-Atmosphäre im und am Pumpwerk: Auf 3 Leinwänden im Orange (L-Format), im Pumpwerk (XL-Format) und auf dem Pumpwerk-Platz (XXL-LED-Leinwand). Es wird zu den Spielen meistens ein musikalisches Rahmenprogramm geboten. Das leibliche Wohl ist durch 5 Getränkestände, 1 Weinstand und 3 Essensstände gewährleistet. Am Eröffnungstag spielt eine Band Afromusik, es wird die WM-Eröffnungsfeier und das Eröffnungsspiel Südafrika : Mexiko gezeigt.

Mittwoch, 16. Juni, 19.00 Uhr

### Mittwochs am Pumpwerk "Spanischer Abend / Buena Gente"

Buena Gente - das ist das außergewöhnliche spanisch-lateinamerikanische Ensemble mit internationalen Künstlern wie Jorge Ballesteros aus Chile und José Santos aus Portugal, die zusammen mit dem Bremer Gitarrenvirtuosen Tim Schikoré Brücken zwischen der "musikalischen Vielfalt" Spaniens und Lateinamerikas bauen. Ob karibische Klänge wie Son, Cumbia, Merengue, Tango Argentino, Rumbas à la Gipsy Kings oder andalusischen Flamenco, alles ist im ihrem Repertoire vertreten. Sogar mexikanische Mariachi-Musik, Latin-Jazz oder Fado. "Buena Gente" wird mit ihrer einzigartigen Darbietung eine unvergleichliche Fiesta entfachen, die das Publikum zumindest einen Abend lang auf eine feurige, spanisch-karibische Reise entführen wird. Zudem präsentiert das Centro Cultural Hispanico ein buntes Potpourri der spanischen Kultur - inkl. feuriger Musik, heißen Tänzen, Paella und Tapas.  
Eintritt frei

# Verabschiedungsappell in Schortens

## Die Renaissance des deutschen Militarismus

(mt) Am 05. Mai wurde in Schortens auf dem Marktplatz vor dem Bürgerhaus das Objektschutzregiment der Luftwaffe Friesland zum Einsatz in Afghanistan verabschiedet.

Es war eine Idee des Schortenser Bürgermeisters, und der Stadtrat hatte einen entsprechenden Beschluss gefasst. Zum ersten Mal fand so eine Verabschiedung öffentlich statt. Man wolle so die Verbundenheit mit den Soldaten zeigen, hieß es vom Bürgermeister Gerhard Böhling.

Der Ratscherr Maik Schauderna (LINKE) kritisierte: *Solch ein Appell diene eher dazu, die Akzeptanz für den Afghanistan-Krieg zu erhöhen.*

Hunderte Bürger nahmen an dem Verabschiedungsappell teil. Doch es gab nicht nur

Zustimmung.

Vor dem Marktplatz protestierten Kriegsgegner mit Trillerpeifen, Antikriegsliedern, Peace-Fahnen und einem mahnenden Sarg gegen den Verabschiedungsappell, gegen den Afghanistan-Einsatz und die Bundeswehr an sich.

*Der Afghanistan-Einsatz bringe ausschließlich Tod, Leid und Zerstörung und diene nur ökonomischen Interessen. Von solchen Mitteln den Aufbau von Frieden und Demokratie zu erwarten, wäre realitätsfremd,* kritisierten die Protestierenden.

## gast-kommentar

### Die Straße

Jetzt ist sie fertig, die Straße zwischen Sengwarden und Wehlens.

Die Hauptverbindungsstraße aus dem Zentrum, dem Kern von Sengwarden zu der vorgelagerten letzten Bastion aufrechter Bauernschaften, die dann weiterführt, quasi grenzüberschreitend, ins friesländische Silenstede.

"Endlich!" ist man geneigt zu sagen, wenn das nicht schon wieder so negativ klingen würde. Und negativ wollen wir, alle Deutschen, ja nicht sein. Sonst kommt die Krise. Und das wollen wir schon gar nicht.

Also positiv: Schön ist die Straße geworden. Schwarz und glatt schlängelt sie sich durch die Wiesen, vorbei an der Kaserne der Marinefunker. Kein Schlagloch stört die Autofahrt, keine Spurrille wagt es am Fahrwerk auch nur zu kratzen. Keine Bodenwelle reizt die Stoßdämpfer. Schön!

Breit ist sie geworden. Mit glänzenden weißen und auch breiten Strichen an beiden Seiten. Breit und groß nehmen die beiden Fahrbahnen fast die ganze Asphaltbahn ein. Breite Fahrbahnmarkierungen grenzen die Fahrspuren zu beiden Seiten ab. Breit!

Die kleine Mehrzweckspur, die vor dem Umbau als Fußgänger- und Fahrradweg diente, fällt da auch gar nicht mehr so auf.

Aber - und jetzt wird es doch negativ - aber wie ist das denn nun mit den Fußgängern und Fahrradfahrern?

Fußgänger und Fahrradfahrer? Fast meint man das unwillige Aufstöhnen der wackeren Straßenplaner zu hören, in den zuständigen Amtsstuben der Stadt und wo sonst noch die Planung der Straße vorangetrieben wur-

de. Ja - natürlich, dafür haben wir Verständnis. Es ist ja schon schwer genug, den Autofahrern alles recht zu machen. Da kann man nicht an jeder Ecke auch noch an Fußgänger und Radfahrer denken. Schon gar nicht bei so einer schönen und breiten Straße. Wenn die Planer daran gedacht hätten, dann wär' die Straße ja eben gar nicht so schön geworden - vor allen Dingen aber nicht so breit. Und das wäre ja dann doch blöd. Zumindest aus dieser Sicht.

Aus der Sicht eines Radfahrers oder Fußgängers, vor allen Dingen wenn es ein kleiner Radfahrer oder Fußgänger ist, sagen wir mal ein Grundschulkind, das nachmittags zu seinen Freunden zum Spielen möchte, sieht das dann doch anders aus. Für so ein Kind wäre eine weniger breite Straße mit einem dafür etwas breiteren Fuß- und Radweg schon sicherer. Ja, ja - O.K., Kinder gibt es ja fast keine mehr in Deutschland. Also lohnt es auch nicht, für so eine kleine Gruppe sichere Verkehrswege zu planen? Auf diese Weise wird die Gruppe der Kinder durch letale Abgänge, mit anderen Worten tödliche Verkehrsunfälle, noch kleiner, und somit lohnt es sich noch weniger. Und wie das so ist bei einem Regelkreis, regelt der sich dann schnell auf Null.

Und durch so eine kleine Nachlässigkeit beim Straßenplanen gibt es dann in Deutschland bald gar keine Kinder mehr. Zack!

Tja, und dann sind wir doch da, wo keiner hin will. Jetzt ist nicht Sengwarden gemeint, das ist mehr als geflügeltes Wort zu verstehen.

Also, liebe Straßenplaner, gebt euch doch mal ein bisschen mehr Mühe, für alle Verkehrsteilnehmer zu planen. Auch wenn es schwer fällt, mal nicht an das tolle Auto zu denken, würden sich doch einige Menschen, z.B. Kinder und die sorgenden Eltern und andere kluge Erwachsene, über sichere Rad- und Fußwege freuen und es euch auch nicht übel nehmen, wenn die eine oder andere Straße für die Autos etwas kleiner und für die Radfahrer und Fußgänger etwas größer ausfallen würde.

**Matthias Zens**

## kommentar

### Der deutsche Militarismus erlebt eine Renaissance. Er ist wieder in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen.

*Es erinnert an alte Zeiten: Deutsche Soldaten werden mit großen Ehren zum Kampfe verabschiedet um Lebensraum.... Pardon - Freiheit und Demokratie - am Hindukusch zu verteidigen.*

*Am 8. Mai jährte sich zum 65. Mal das Ende des 2. Weltkrieges und die Befreiung vom Faschismus. Und doch scheint es, als habe die BRD nicht viel dazu gelernt. Gewalt und Krieg sind wieder zum festen Bestandteil der deutschen Außenpolitik geworden. Unter dem Deckmantel der Sicherung des Friedens, der Demokratie und Einhaltung der Menschenrechte werden kriegerische Einsätze gerechtfertigt.*

*Doch die Realität ist eine andere. Die Besetzung Afghanistans nützt lediglich einer kleinen Schicht im Land, den Warlords, den Kriegsfürsten. Für den Großteil der Bevölkerung hat sich die soziale Lage seit Beginn des Einsatzes deutlich verschlechtert. 80 % leben unterhalb der Armutsgrenze, 50 % der erwerbsfähigen Afghanen sind arbeitslos. Die Lebenserwartung liegt laut Amnesty-Report bei 42,9 Jahren.*

*Auch die Lage der Frauen hat sich enorm verschlechtert. In Afghanistan gibt es mit die höchste Müttersterblichkeitsrate der Welt, mit 1.600 Toten auf 100.000 Geburten. Der afghanische Präsident Hamid Karsai wurde 2001 in der Konferenz auf dem Bonner Petersberg zum obersten Staatsmann ernannt; bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2004/2005 waren Stimmenkauf und Wahlmanipulation an der Tagesordnung. 2009 gewann Karsai nur durch massiven Wahlbetrug die Wahl. Die Demokratie ist nach dem Eingreifen des Westens in Afghanistan nicht eingezogen. Die zivilen Opfer in diesem Krieg sind enorm. 2009 kamen 2.412 Menschen durch militärische Einsätze ums Leben. Dies ist ein Anstieg um 14% gegenüber 2008.*

*Angesichts dieser Fakten ist es schwer, den Krieg in Afghanistan und die weiteren Einsätze der Bundeswehr zu rechtfertigen.*

*Um dennoch die Unterstützung der Bevölkerung zu sichern, versucht die BRD schon seit Jahren, den deutschen Militarismus wieder in die Mitte der Gesellschaft zu tragen, um ihn als festen Bestandteil der deutschen Kultur zu etablieren.*

*Mit massiven Werbeauftritten an Schulen und Jugendzentren, mit einem neuen modernen Image, welches Sicherheit und eine Perspektive suggerieren soll, versucht die Bundeswehr, junge Menschen an sich zu binden. Öffentliche Verabschiedungen der Soldaten sollen Mitgefühl und Akzeptanz wecken.*

*Der deutsche Militarismus erlebt eine Renaissance.*

**Matthias Tiller**

# Ratssplitter

vom 21. 4. 2010  
zusammengehakt  
von Wolle Willig

*Die kommunale Volksvertretung wird an diesem Mittwoch vor dem Gorch-Fock-Haus mit einem flotten Rap vom Krisen-Netzwerk Wilhelmshaven empfangen. Diese außerparlamentarische Opposition fordert die Ratsleute schon mal vorab auf, sich nichts erzählen zu lassen im Hinblick auf die europaweite Ausschreibung für den Bau des sog. "Neuen Gymnasiums". Dieses und das damit verbundene PPP-Modell wird im Verlauf einer großen Anfrage der SPD-Fraktion dann später noch Thema sein.*

## 15 Minuten Sport

Die Gruppe BASU/Ober-Bloibaum/Tholen beantragt, die jüngst beschlossenen sportpolitischen Leitlinien um einen Sportentwicklungsplan bis 2015/17 zu ergänzen. Die Verwaltung soll herausfinden, wie sich Bevölkerung, Sportvereine, Schulen und Sportstätten in Zukunft möglicherweise verändern, damit man daraus Schlüsse ziehen kann. Die Obersportler Barkowski (SPD) und Möhle (CDU) halten den Antrag für sinnlos, weil diese Thematik doch schon in einer Arbeitsgruppe des Sportausschusses bearbeitet wird, und außerdem hätte BASU-Tjaden bei diesem Ausschuss auch mal reinschauen können. Darauf Tjaden: Sportausschuss ist immer um 10 Uhr

vormittags, das ist zu früh. Antwort Barkowski: nächstes Mal ist's um 13 Uhr. Nach 15 Minuten abgelehnt, CDU und SPD dagegen.

## Kämmerer und Ente

Eigentlich ist alles ganz einfach: der Kämmerer Heiko Hoff geht im Herbst in Rente, und der OB Menzel meint, deshalb könne man diese Stelle bis 2011, also bis ein neuer Oberbürgermeister gewählt wird, erst mal nicht besetzen. Bis dahin machen 2 Verwaltungsfachleute die Arbeit, weil das meiste ja sowieso Routine ist. Der neue OB kann sich dann selber einen Kämmerer suchen oder so ähnlich. Planmäßig heult sofort der Liberale von Teichman auf: Dann sind wir die einzige Stadt in Deutschland, die keinen Kämmerer hat. Wenn ihm jemand das Gegenteil beweist, gibt von Teichman für alle einen aus. Außerdem braucht die Stadt sofort einen Fachmann fürs Geld, damit der sich schnell einarbeiten kann, und der OB werde zum Ende seiner Dienstzeit immer mehr zur lahmen Ente. Man glaube wohl, dass 2011 neue Bürgermeister- und Finanz-Lichtgestalten die Stadt retten werden. Bevor der zeitweise Verzicht auf den Kämmerer dann mit großer Mehrheit beschlossen wird, rettet der Grüne Biehl noch die Entenehre des OB, CDU-Felbier (sic) findet heraus, dass Köln z. Zt. auch keinen Kämmerer hat, und SPD-Barkowski ruft nach dem Getränkewagen.

## Theater

Eigentlich sind alle für den Erhalt der Landesbühne, nur CDU-Ratsdame Biester versucht einen Spagat und landet in den Nesseln. Die gute Frau muss natürlich ihre Parteifreunde in Hannover vertreten und sagt, sie sei eigentlich für ein Theater in der Jadestadt, wenn's aber billiger geht, dann muss der Theaterfreund aus der Jadestadt wohl doch bald nach Oldenburg fahren. Immerhin: Die Resolution wird einstimmig angenommen.

## Globale Straßen

Der außergewöhnlich strenge Winter, wir erinnern uns, hat die Straßen in Wilhelmshaven aufplatzen lassen wie Würstchen in der Pfanne. Also bewilligt der Rat 1.250.000 Euro für die erforderlichen Reparaturen, ohne das Geld zu haben. Das Zauberwort heißt: globale Finanzzielvorgabe für alle Teilhaushalte. Das bedeutet: Ich weiß nicht, wie das finanziert wird, so BASU-Tjaden. Kämmerer Hoff klärt auf: Obwohl kein Dezernat Deckungsvorschläge machen konnte, wird es eine Finanzierung aus höheren Grundsteuereinnahmen und aus Mitteln des Konjunkturpaketes 2 geben. Wunderbare Welt... Ach ja FDP-von Teichman findet noch heraus, dass die Reparaturen eigentlich Grundsanierungen sind und damit rechtswidrig und dass der Verwaltung in den mitgelieferten Zahlen schlampige Rechenfehler unterlaufen sind. Darauf OB Menzel: Reden Sie nicht immer dazwischen und: 'Die Verwaltung hat gut gearbeitet'.

## Biologische Vielfalt

Auch Wilhelmshaven tritt der Deklaration "Biologische Vielfalt in Kommunen" bei. Am Schluss der Debatte beschließt das der Rat jedenfalls. Vorher hat FDP-von Teichman die Feinde der Artenvielfalt allerdings noch mal ausgemacht: Die Großmäher der städtischen Verwaltung im Stadtpark und die Landwirtschaft. Da war natürlich CDU-Landwirt Weerda sauer.

Frühstücken  
Parties  
Konzerte

**KLING KLING**

www.kling-klang-whv.de  
www.myspace.com/klingklang

**Hier spielt die Musik**

Wilhelmshaven - Zentrum  
Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr.

## pöP oder GGS

Das Gymnasium am Mühlenweg soll bekanntlich zum 'Neuen Gymnasium' (?) umgebaut werden, in das dann auch das Käthe-Kollwitz-Gymnasium einzieht. Die Ausschreibung für den Bau läuft aufgrund eines Ratsbeschlusses aus dem vergangenen Jahr inzwischen europaweit. Die SPD befürchtet nun, dass mit dieser Ausschreibung der städtische Eigenbetrieb GGS, der kein Gebot abgeben darf, aus dem Rennen ist und nur noch eine privat-öffentliche Partnerschaft (pöP) möglich ist. Das wurde dann im Rat im Rahmen einer großen Anfrage der SPD ausgiebig und natürlich rhetorisch 'elegant' diskutiert. Kämmerer Hoff: Der Ratsbeschluss wird umgesetzt und auf Wirtschaftlichkeit wird geachtet. Der Rat hat aber immer noch die Wahl zwischen GGS und pöP. SPD-Kempke ist da ganz anderer Meinung und begründet sehr umfangreich, warum GGS raus ist. OB Menzel: Sie sagen nur 'pöP ist des Teufels' und hören dem Kämmerer nicht zu. CDU und Grüne können der SPD auch nicht folgen. Trotzdem kommt dann aus den Reihen der SPD der Antrag, die Ausschreibung sofort zu stoppen. Darauf Dezernent Stoffers: Antrag nicht rechtmäßig! SPD-Neumann: Wo muss ich das jetzt beantragen? Darauf FDP-von Teichman: Beim Weihnachtsmann! So richtig weiter kommt man damit auch nicht...

## ... und sonst noch?

FDP-Radmer erläutert das Radverkehrskonzept und keiner hört zu. Na ja, war auch kein Antrag, sondern dem Rat nur zur Kenntnisnahme in die Tagesordnung geschrieben.

**Spenden:** die Konzerte im Kurpark werden von der Spar- u. Baugesellschaft finanziert, der Brunnen auf der Rambla wird von der Werbegemeinschaft Nordseepassage zum Sprudeln gebracht und die Schulen bekommen vom Bauverein Rüstringen, vom Wendepunkt, von Herbert Seus und von der Fachhochschule eine Küche, einen Zuschuss zum Mittagessen, Laborglas und einen Opel Senator.

*Puuh, nach 4 Stunden geht der Chronist nach Hause in die Kneipe und lässt das Erlebte erst mal sacken. Hoffentlich wird's beim nächsten Mal im neuen Ratssaal wieder besser!* □

**Minicar Dirks**  
☎ 772211



**Wir haben  
unseren  
Fuhrpark um  
einige Großraum-  
fahrzeuge  
erweitert**

**PC-Notdienst**  
für Privat und Handwerk  
☎ 04421-300 71 81  
☎ 0162-6675049

# NPD unterschätzt die Antifa

## „Geheimes“ NPD-Treffen stieß auf gut organisierten Widerstand

(red) Eigentlich wollte die NPD Niedersachsen am 9.5.2010 ihren Landesparteitag in Bad Gandersheim durchführen. Stattdessen versammelte sich die braune Horde in Wilhelmshaven. Ihr Plan, das Treffen am vermeintlich geheimen Standort ungestört veranstalten zu können, ging jedoch gründlich in die Hose.



Treffpunkt der Nazis war die ehemalige Gaststätte „Deutsche Bucht“ in der Ulmenstraße, deren Eigentümer „Pico“ Wach in der „Deutschen Partei“ aktiv ist. Das gut informierte und organisierte Wilhelmshavener Netzwerk gegen Rechts war schnell vor Ort. Ab mittags trafen mehrere Dutzend Menschen vor der Lokalität ein und bekundeten friedlich, aber lautstark ihren Unmut gegen das Nazi-treffen. Erst dadurch erfuhr auch die Polizei von dem Treffen und zog im Laufe des Nachmittags eine in die Hundertschaften reichende Präsenz heran.

Da sich die Nazis in einer geschlossenen privaten Räumlichkeit bzw. deren Innenhof versammelten (der aufsteigende Qualm deutete eher auf Grillparteitag hin), durften sie dies ohne Genehmigung tun. Die Antifaschist/innen auf der Straße hingegen wurden von der Polizei darauf hingewiesen, dass ihre Versammlung nicht genehmigt sei. Später hieß es jedoch „Absprachegemäß ... wurde Ihnen angeboten, Ihre Demonstration auf der Kreuzung Ulmen-/ Ecke Schulstraße abzuhalten.“ Damit durfte man die Aktion als genehmigt betrachten; es wirkte jedoch, mit Verlaub, etwas albern, dass sich die Antifa nun 20 Meter weiter wegbewegen sollte. Sie verließ jedoch ohne Murren den Bürgersteig vor dem Lokal und formierte sich auf der Straße hinter einem „Nazis raus“-Transparent. „Trainingslager der Polizei“ unkte ein Teilnehmer, als die Polizei den übersichtlich aufgestellten Pulk mit einigem körperlichen und verbalen Geringel bis zur Schulstraße zurückdrängte. (siehe Foto)

Nach und nach kamen weitere Antifa-

schistInnen aus der ganzen Region hinzu, wie auch weitere Polizeifahrzeuge. Auch Ratsvertreter und Aktive von Grünen und CDU sagten sich irgendwann vom Muttertagsbraten los und zeigten Präsenz. Einerseits erfreulich, dass dieser spontan organisierte Protest so breit mitgetragen wurde, andererseits eher peinlich, dass einer dieser Lokalpolitiker vorschlug, ein Pressefoto der anwesenden Parteivertreter zu machen, sobald diese eingetroffen

seien. Es ist ja gut, dass sie dort Gesicht zeigten – aber bitte für die Sache und nicht für ihre persönliche Parteiwerbung! In einigen Medien wurden dann auch diese „Nachzügler“ zitiert. Tatsächlich gehörten zu den ersten, die vor Ort waren, per Telefonkette andere informierten und die bis zum Abmarsch der NPD blieben, Aktive der Partei die LINKE und auch der MLPD bzw. deren Jugendorganisation „Rebell“, ohne dass sie davon besonderes Aufheben machten.

Nach Polizeiangaben waren es 80 NPDler, die gegen 19 Uhr unter schwerem Polizeischutz das Lokal verließen und zu ihren Autos auf dem angrenzenden Sparkassen-Parkplatz marschierten. Mit von der Partei waren der Bundesvorsitzende Udo Voigt und die „Prominenz“ des niedersächsischen Landesverbandes sowie eine braune Kapelle aus der Uckermark. Jedes abfahrende Nazi-Auto wurde von einem Polizeifahrzeug begleitet.

Auch wenn der Nachmittag nach außen hin friedlich verlief, gab es am Rande Unschönes. Eine junge Frau wurde von einem außerhalb der Absperrung herumlaufenden Nazi beleidigt und ins Gesicht geschlagen. Doch nicht der Täter, sondern zwei Männer, die zu ihrem Schutz herbeiliefen, wurden von der Polizei ergriffen. Die Strafanzeige der Geschädigten läuft wohl ins Leere, der Täter brüstete sich damit, seine Freunde würden zu seinen Gunsten aussagen. Später wurde ein Demonstrant, der einem im Auto wegfahrens Nazi ein Schimpfwort an den Hals warf, von einem Polizisten zur Ordnung gerufen: „Der Straftatbestand ist erfüllt, wenn der Mann sich von Ihnen beleidigt fühlt.“ Auch sonst gab es fortlaufende Androhungen von Platzverweisen für die schimpfenden, aber nie handgreiflichen AntifaschistInnen. Da fasst man sich schon an den Kopf, wie unterschiedlich der Tatbestand der Beleidigung – und im umgekehrten Fall der Körperverletzung – hier gewertet wurde.

### Mislungener „Coup“

Für die Antifa kristallisierte sich schnell heraus, dass Bad Gandersheim als Treffpunkt nur vorgeschoben war. Der NPD-Landesvorsitzende Adolf Dammann hatte anlässlich

des verfügten Verbots erklärt: „Man wird sehen, was passiert, wenn wir vor einem verschlossenen Kurhaus stehen.“ Gleichzeitig hatte er einen „Plan B“ angedeutet. Um 8 Uhr morgens hatte die Polizei sämtliche Zufahrtswege zum Gandersheimer Treffpunkt abgesperrt. Dem Vernehmen nach sollen sich die Nazis jedoch ohne Umweg über Gandersheim direkt nach Wilhelmshaven (Plan B) in Bewegung gesetzt haben.

Derweil versammelten sich vor dem Gandersheimer Rathaus etwa 1.000 Menschen zum Protest gegen die NPD. Schon im Vorfeld des angekündigten Parteitags hatte sich dort ein breit aufgestelltes antifaschistisches Bündnis organisiert. Letztlich bewirkte jedoch einer der beiden Eigentümer der geplanten Versammlungsstätte, dass seinem Kompagnon die Vermietung des Raumes an die Nazis untersagt wurde – er selbst hatte davon nichts gewusst und war damit auch nicht einverstanden. Offiziell angemeldet hatte die NPD den Parteitag nicht, erst über den Mietvertrag wurde ihr Vorhaben bekannt. Trotz der erfolgreichen Abwendung des Parteitags in Bad Gandersheim versammelten sich die Menschen dort zu der Sonntagsdemo. Im Nachhinein feierte sich die NPD auf ihrer Website dafür, dass ihnen die „Beschäftigungstherapie für Kommunisten und Gutmenschen“ gelungen war. Geschadet haben sie damit aber nicht den Demonstranten, die – ob mit oder ohne anwesende Nazis – ein öffentliches Bekenntnis gegen Rechts auf die Beine stellen wollten. Geschadet haben sie der Polizei (und den Steuerzahlern, zu denen auch ihre eigene Klientel gehört), die am Muttertag Hundertschaften in Bewegung setzen musste, erst in Gandersheim, dann in Wilhelmshaven. Die Polizei fand diese „Vortäuschung einer Versammlung“ bestimmt nicht lustig.

So viele Demonstranten wie in Bad Gandersheim waren es in Wilhelmshaven nicht – aber für die spontan organisierte Demonstration am Muttertag erfreulich viele. In beiden Fällen ist es der NPD jedenfalls nicht gelungen, sich zu treffen, ohne dass die Öffentlichkeit es rechtzeitig erfuhr. □



**Reparaturen  
aller Fabrikate**  
spez. Volvo und Renault

Reifendienst  
Achsvermessung  
TÜV/AU  
Abschleppdienst  
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel  
Tel. 04425 990870 Fax 990872  
www.tenge-strohbach.de

**Tenge & Strohbach**  
Kfz-Technik

MUDDY'S

ROCK-BLUES & more

RHEINSTRASSE 94

26382 WILHELMSHAVEN

Tel. 04421 7786568



## hartz IV und recht

(noa) *“Bewegung in den Arbeitsmarktzahlen” meldete die WZ am 30. April. Der Titel suggeriert eine nennenswerte Abnahme der Arbeitslosigkeit, doch der Vorspann des Artikels deutet lediglich auf eine Umschichtung der Arbeitslosigkeit hin.*

Im Artikel gibt es dann schließlich Zahlen: 8.570 Arbeitslose werden im Arbeitsamtsbezirk Wilhelmshaven gezählt, davon 2.324 “unter dem Dach der Arbeitslosenversicherung” (sprich: BezieherInnen von Arbeitslosengeld I, also erst seit kurzer Zeit ohne Job) und 6.246 im Bereich der Grundsicherung (sprich: Langzeiterwerbslose, also Hartz IV-Betroffene).

Hier muss man jedoch aufpassen: Die Bundesagentur für Arbeit bringt die Bewegung größtenteils durch das Entfernen von Zahlen aus der Zählung, nicht etwa durch Vermittlung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt zuwege. So beträgt zu Ende April bundesweit die offizielle Arbeitslosigkeit 3.406.344, nicht mitgezählt sind 1.212.225 Arbeitslose. Dabei handelt es sich u.a. um Menschen, die über 58 Jahre alt sind, aber Hartz IV beziehen, um kranke Arbeitslose, um Menschen, die momentan Ein-Euro-Jobs haben oder an “Maßnahmen” teilnehmen.

In unserem Bezirk fallen 710 Menschen “wegen fehlender Verfügbarkeit oder Arbeitsunfähigkeit” aus dem Zahlenwerk. Die Zahl der augenblicklichen AGHs (Ein-Euro-Jobs) wird im WZ-Artikel dezent verschwiegen.

Am 05.05.2010 wurde von dpa unter der Überschrift “Millionen brauchen Hartz IV” gemeldet, dass die Zahl der “Aufstocker” nicht mehr so rasant steige wie bisher. Die augenblickliche Zahl wird jedoch nicht genannt. Aufstocken, also Hartz IV-Leistungen zusätzlich zum Lohn in Anspruch nehmen müssen Hunderttausende von Menschen trotz Vollzeit-Berufstätigkeit, also weil sie einen elend niedrigen Stundenlohn haben. Auf jeden Fall aufstocken müssen Menschen, die lediglich einen Minijob haben.

### Mini-Jobs

Arbeitgeberpräsident Hundt meint, “aufgrund der bei Hartz IV geltenden Freibetragsregelung erscheine vielen eine Vollzeitbeschäftigung nicht lohnend”.(Quelle: junge welt, 05.05.2010) Von 400 Euro darf man immerhin 150 Euro behalten – zusätzlich zum Hartz IV-Regelsatz – wer will da noch voll arbeiten? Das ist die mittlerweile übliche Hetze gegen Hartz IV-Berechtigte. Tatsächlich gibt es vielerorts, wenn überhaupt, dann eben nur Minijobs. In Wilhelmshaven muss man es sich allerdings schwer überlegen, ob man sich einen Minijob oder auch weniger Nebenverdienst überhaupt leisten kann. Das kann man nämlich nur, wenn man ein finanzielles Polster hat. Meldet man dem Job-Center, dass man ein paar Stunden arbeiten kann (und das muss man melden), dann erlebt man am nächsten Ersten beim Gang zur Bank einen bösen Schock: Das Job-Center hat einfach mal so unterstellt, dass es tatsächlich volle 400 Euro sind, die man verdient, und außerdem, dass man sie sofort ausbezahlt bekommt, und hat

deswegen gleich 250 Euro abgezogen. Bei einem allein lebenden Arbeitslosen sind dann halt nur 109 statt 359 Euro auf dem Konto, und die sind vielleicht auch schon weg durch die Telefonrechnung, die Stromrechnung und die Mietanteile, die das Job-Center nicht trägt.

Frau R.\* hat im April für ein paar Tage bei einer Reinigungsfirma ausgeholfen und Büroräume geputzt. Die knapp 100 Euro dafür wird sie irgendwann im Mai ausgezahlt bekommen. Das Job-Center hat ihr für Mai 250 Euro abgezogen. “Sobald Sie Ihre Lohnabrechnung oder einen Kontoauszug vorlegen, bekommen Sie den zustehenden Rest doch ausgezahlt”, diese Worte sind wenig tröstlich, wenn man wie fast alle Langzeitarbeitslosen in einer Situation ist, in der verspätetes Geld auf dasselbe rausläuft wie kein Geld.

“Das müssen wir so handhaben”, erfuhr Frau R. beim Job-Center. Warum? Bei Leuten, die notorisch wenig Geld haben, ist nicht gewährleistet, dass die Behörde “überzahltes” Geld zurückbekommt, hieß es. Doch das könnte man natürlich ebenso gut auch einen Monat später einbehalten, wie man es in diesem Halbjahr auch mit der “Überzahlung” wegen des erhöhten Kindergeldes macht.

### “Kindergeldüberzahlung” -

eine interessante Wortneuschöpfung des Job-Centers Wilhelmshaven. Wir berichteten im der Ausgabe 250 unter der Überschrift “Supergau” davon, dass Millionen von Hartz IV-Beziehern aufgrund eines Versäumnisses der Bundesfamilienministerin ab 01.01.2010 tatsächlich, wenn auch nicht rechtmäßig, in den Genuss der Kindergelderhöhung um 20 Euro pro Kind gekommen sind. (Nicht rechtmäßig, weil das SGB II vorsieht, dass Arme von einer solchen Erhöhung **nicht** profitieren sollen: Kindergeld ist Einkommen und wird vom Regelsatz eines Kindes abgezogen, erhöhtes Kindergeld ist erhöhtes Einkommen und soll eben auch entsprechend abgezogen werden.) Je nachdem, zu welchem Monat ein neuer Antrag fällig ist, hat sich somit eine Überzahlung von 20 bis 120 Euro pro Kind angesammelt, die nun – “Ihr Einverständnis vorausgesetzt” – im nächsten Bewilligungszeitraum einbehalten wird.

Natürlich darf die Behörde das Einverständnis der Betroffenen nicht so einfach voraussetzen. Die Ratenhöhe und damit der Zeitraum des Abstotterns von Überzahlungen muss mit dem Hartz IV-Berechtigten vereinbart werden. Ob aber die “Kindergeldüberzahlung” überhaupt zurückzuzahlen ist, darüber müssen Gerichte entscheiden. Wer zu-



MUSIKKNEIPE IM SÜDEN  
DER STADT

Mainstraße 22 - Wilhelmshaven  
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

viel bekommen hat, weil die Behörde nicht sofort abgezogen hat, hat das Geld inzwischen ausgegeben. “Entreicherung” heißt dieser Vorgang auf Juristendeutsch, und die schützt vor Rückforderung. Und man kann von den Menschen, die einen amtlichen Bescheid über eine Sozialleistung bekommen und auf dem Konto regelmäßig genau das vorfinden, was im Bescheid angekündigt wurde, auch nicht erwarten, dass sie vorsichtshalber einen Teil zurücklegen, weil die Behörde sich ja vertan haben könnte. Auch dafür gibt es ein Juristenwort: “Vertrauensschutz”.

### Mal wieder Strom

Darüber, dass das Job-Center Wilhelmshaven nach den Jahresabrechnungen der GEW den “Kunden”, die eine Rückzahlung erhalten, gerne mal auch den Teil abzieht, der sich aus der Stromrechnung ergibt, haben wir schon in vorhergehenden Ausgaben berichtet.

Aus der Jahresabrechnung von GEW geht nicht hervor, welcher Teil der Rückzahlung sich aus dem sparsamen Heizgasverbrauch (der als Teil der Kosten der Unterkunft vom Job-Center gefordert wird und werden darf, denn dieses hat ja auch die Gasabschläge bezahlt) und welcher aus gespartem Strom ergibt. Da der Strom aus dem Regelsatz von den Hartz IV-Berechtigten selbst gezahlt wird, steht ihnen natürlich auch die Rückzahlung in Form der Differenz zwischen den gezahlten Abschlägen und dem Preis des tatsächlich verbrauchten Stroms zu. Um rauszufinden, welcher Teil einer Rückzahlung sich aus den Vorauszahlungen für Gas und welcher aus denen für Strom resultiert, müsste man rechnen. Das ist kompliziert, und so zieht das Job-Center seinen Kunden eben einfach die ganze Rückzahlung von der Leistung des nächsten Monats ab. Diesen Ärger haben alle die Arbeitslosen nicht, die ihren Strom von einem der zahlreichen anderen Stromanbieter neben GEW beziehen.

Claudia von der Arbeitsloseninitiative nahm die gut 90 Euro, die das Job-Center ihr zu Unrecht einbehalten hat, zum Anlass, sich auf dem Strommarkt umzusehen. Vom Ergebnis ihrer Recherchen war sie so begeistert, dass sie sie in einer Veranstaltung zwischen zwei Monatsversammlungen der ALI einem kleinen Publikum darbot.

Auf [www.verifox.de](http://www.verifox.de) fand sie (im Februar) heraus, dass unser heimisches Energieversorgungsunternehmen auf Platz 56 aller Stromversorger liegt – 55 Unternehmen, bei denen sie ihren Strom preisgünstiger beziehen kann, gibt es also! Und außerdem bietet diese Inter-

Musikschule

**school of rock**  
wilhelmshaven

schlagzeug - gitarre - bass  
keyboard - gesang - recording

...learn to play.

[www.schoolofrock-whv.de](http://www.schoolofrock-whv.de)  
[info@schoolofrock-whv.de](mailto:info@schoolofrock-whv.de)  
Tel.: 04421/366423

**SPOONER**  
Anziehsachen  
Marktstr. 19  
gegenüber Hertie  
26382 WHV  
[www.myspace.com/spooneranziehsachen](http://www.myspace.com/spooneranziehsachen)  
**NEU Cyroline T-shirts 14,99€**



## Noch schlimmer als bisher bekannt

Die ALI-Versammlung erfuhr über den Gesundheitsfonds so einiges, was bislang nicht publiziert wurde

(noa) Bei manchen Veranstaltungen kann man es einfach nur bedauern, wenn sie spärlich besucht werden. So war die ALI-Versammlung am 11. Mai sehr interessant, aber das Thema "Gesundheitsfonds" hatte nur ein gutes Dutzend Mitglieder herbeigelockt.

Rolf Budelmann, der Leiter des DAK-Service-Centers, berichtete all das, was in den Medien gar nicht oder nur kurz erwähnt worden war.

Das neue System Gesundheitsfonds stammt aus der Großen Koalition und hat zum 01.01.09 begonnen. Alle Krankenkassen hatten sich dagegen ausgesprochen. Zumindest wollten sie erst einmal nur einen Probeauf von einem Jahr (in dem in der Wirklichkeit erst einmal alles wie vorher laufen, auf dem Papier aber nach dem Modell "Gesundheitsfonds" stattfinden sollte), um herauszufinden, ob das Projekt tatsächlich etwas taugt.

Der Probeauf fand nicht statt, und seitens der Regierung gab es widersprüchliche Botschaften. Im Oktober 2009 versicherte Merkel, dass es beim alten System bleiben werde, nachdem Pofalla zwei Tage zuvor angekündigt hatte, dass der Gesundheitsfonds bestimmt komme.

Nun, er kam, und nun ist er da, und er macht Probleme, die absehbar waren: 2010 fehlen 7 Mrd. Euro im Gesundheitssystem. Es wurde im Vorlauf des Projekts niemals publiziert, dass der Fonds von Beginn an unterfinanziert war. Bezüglich dieses Defizits gäbe es drei Möglichkeiten des Ausgleichs: Steuerzuschuss, Beitragserhöhung oder Zusatzbeitrag. Wir wissen alle, für welche Möglichkeit der Gesetzgeber sich entschieden hat, und wie zu erwarten ist es die ungerechteste: der Zusatzbeitrag.

Bei einem staatlichen Zuschuss träfe die Finanzierung alle, was allerdings niemand direkt merken würde. Bei Beitragserhöhungen würden die Arbeitgeber an den Lasten wenigstens zu knapp der Hälfte mitbeteiligt, doch der Zusatzbeitrag von 8 Euro für alle trifft nur die Versicherten, und bei denen die Ärmsten am härtesten.

Die Frage aus dem Publikum, ob die Krankenkassen die Zusatzbeiträge beliebig erhöhen können, entsprang wohl der Sorge, um wie viel Geld wir noch erleichtert werden. Nein, so Budelmann, das geht nicht beliebig. Die 8 Euro, die die DAK als erste Kasse erhebt, müssen pauschal von allen Versicherten gleich, unabhängig vom Einkommen, entrichtet werden; wenn das nicht reicht, werden

Erhöhungen des Zusatzbeitrages nach Einkommensprüfung vorgenommen und werden maximal 1 % des Einkommens (wozu dann allerdings sämtliche Einkünfte zählen) betragen.

Die andere Möglichkeit neben dem Zusatzbeitrag wäre die Kürzung von Leistungen gewesen. Wie bitte? kam es da aus dem Publikum. Es ist doch gesetzlich vorgeschrieben, was eine Kasse leisten muss. Das konnte Budelmann bestätigen, und doch gibt es da Sparpotenziale. So kann eine Krankenkasse eine Operation auf jeden Fall bezahlen, egal wo sie vorgenommen wird, sie kann aber auch verlangen, sie da durchzuführen, wo sie kostengünstiger gemacht werden kann.

Und was passiert, wenn jemand den Zusatzbeitrag einfach nicht zahlt? Nun, dann gibt es ein Mahnverfahren. Dieses wird jedoch bestimmt nicht jeden Monat für je 8 Euro angestrengt, sondern man lässt erst einiges an Schulden zusammenkommen, so dass ein vollstreckbarer Schuldtitel sich für die Kasse als Gläubiger überhaupt lohnt.

Wer gar kein Geld hat, bei wem also auch mittels vollstreckbarem Schuldtitel nichts zu holen ist, der muss seine Chipkarte abgeben und muss – wie es ganz, ganz früher einmal war – für jeden Arztbesuch einen Krankenschein beantragen.

Wie im letzten Gegenwind berichtet, bekommen Hartz IV-BezieherInnen den Zusatzbeitrag nicht vom Job-Center erstattet (einige wenige spezielle Fälle ausgenommen) und müssten also die Krankenkasse wechseln, wenn sie die 8 Euro nicht aufbringen können oder wollen. Werden sich dann nach mehreren Wechselvorgängen die schwächsten Beitragszahler in wenigen Krankenkassen massiv anhäufen und diese dann in die Pleite treiben? Nein, das kann nicht passieren, denn die einzelnen Kassen bekommen ihr Geld nicht direkt von den Versicherten (von Armen also wenig, von gut Verdienenden mehr), sondern pauschal aus dem Gesundheitsfonds. Na dann: Fröhliches Kassenhopping! □

netseite auch Informationen darüber, wie man den Stromanbieter wechselt ("ganz einfach!", sagte Claudia). Sie wollte keine Werbung für einen bestimmten Anbieter machen – "das könnt ihr auf verifox selber nachschauen" – aber "man kann da sogar rausfinden, wer Ökostrom und wer konventionellen Strom anbietet."

Warum GEW die Rückzahlung nicht aufschlüsselt nach Strom und Gas auswirft, konnte sich übrigens auf dieser Veranstaltung niemand erklären. Werner Ahrens wusste jedoch zu berichten, dass Anwälte und auch er als Sozialberater der ALI diese Aufschlüsselung auf Anfrage schnell und anstandslos bekommen.

### Im letzten Moment

Zwei ganz unterschiedliche Geschichten, aber mit einer interessanten Gemeinsamkeit: Die Bedarfsgemeinschaft C.\* besteht aus Mutter und Tochter. Tochter war für einige Zeit getrennt von Mutter untergebracht. Das Job-Center kürzte für die fragliche Zeit die Leistungen für die kleine Familie. Frau C. widersprach und beauftragte schließlich einen Anwalt, der sich in ihrem Auftrag an das Sozialgericht wandte. Genau an dem Tag, an dem die Klageschrift beim Sozialgericht Oldenburg – und eine Kopie davon zur Kenntnis beim Job-Center – einging, gab letzteres dem Widerspruch statt und nahm die Kürzung zurück.

Frau P.\*, noch nicht so lange Hartz IV-Bezieherin, bekam eine Rückzahlung von GEW für Gas. Sie bekam diese Rückzahlung allerdings nicht aufs Konto oder per Scheck, sondern GEW verrechnete sie mit älteren Forderungen. Das Job-Center wertete dieses Geld, das Frau P. in keiner Form je zu Gesicht oder in die Hand bekam, als Zufluss, den es anrechnen, also einbehalten konnte. Auch hier: Widerspruch, Anwalt, Klage. Auch hier: Die Klage musste gar nicht erst verhandelt werden; das Job-Center beschied im letzten Moment den Widerspruch positiv und verzichtete auf die Anrechnung des Geldes.

Wir wollen zugunsten des Job-Centers mal annehmen, dass die Argumentation in den Klageschriften ihm einen Fehler deutlich machte, der ohne jede böse Absicht passiert war. Ein Fehler muss es in beiden Fällen ja gewesen sein, denn sonst hätte das Job-Center gelassen die Klage zur Kenntnis nehmen und die Verhandlung abwarten können. □

\*Die vollen Namen der betreffenden Hartz IV-Berechtigten sind der Redaktion bekannt.

**TRIANGEL**  
second-hand-shop

An- und Verkauf von  
Schallplatten und CD's  
HiFi-Komponenten,  
Literatur + Comics u.v.m.  
Bahnhofstr. 7 \* 26382 Wilhelmshaven  
Tel.: (04421) 4 21 84

### Beratung der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland

**Jever:** Jugendhaus, Dr. Fritz-Blume-Weg 2, jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat von 14.30 bis 16.30 Uhr

**Sande:** Jugendzentrum, Hauptstraße 78, jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat von 14.30 bis 16.30 Uhr

**Varel:** DGB-Büro, HansasträÙe 9a, jeden 1. und 3. Dienstag im Monat von 9.00 bis 12.00 Uhr

**Wilhelmshaven:** Gewerkschaftshaus, Weserstraße 51, jeden Montag und Donnerstag von 9.00 bis 12.00 Uhr

**Monatsversammlung:** jd. 2. Dienstag im Monat

Arbeitsloseninitiative  
Wilhelmshaven/Friesland



# Das Letzte

Es gibt so vieles, über das wir gerne noch berichten würden, aber meist fehlt es am Platz, manchmal auch an der Zeit. Hier gibt es die Meldungen, die der Nachwelt erhalten bleiben müssen.

**Um den JadeWeserPort steht's wirklich nicht gut.** Die Wilhelmshavener Zeitung führte in der letzten Aprilwoche eine Leserumfrage durch: **Die künftigen Terminalbetreiber wollen den Betrieb am JadeWeserPort später aufnehmen. In der Diskussion ist zudem der Zeitpunkt des vollständigen Ausbaus der Bahnlinie. Glauben Sie noch an das Jahrhundertprojekt JadeWeserPort?**

Die Antworten sind dann auch nur als Betriebsunfall zu werten. Nur 13,1 % meinten: Ja. Der Containerhafen wird wie geplant den Betrieb aufnehmen.

Immerhin glauben noch 30,2 % dass der JadeWeserPort kommt – aber mit deutlicher Verzögerung.

Eine satte Mehrheit von 56,8 % bezweifelt, dass die Entscheidung für den Hafen richtig war.

## Ire

Unter der Titelzeile "Milliarden in Beton – Die irrsten Bauprojekte Deutschlands" veröffentlichte die Financial Times Deutschland (FTD) eine Bilderserie. Da heißt es: **Schöner, teurer, abgedrehter: Vieles wird derzeit hierzulande hochgezogen. (...) FTD.de zeigt, was sonst noch Großes in Deutschland entsteht.**

Hier die komplette Liste:

1. Stuttgart 21; 2. Die neue Mitte von Berlin (Schlossneubau); 3. Der Ferienspaß im NS-Relikt auf Rügen; 4. Die Dresdner Waldschlösschenbrücke; 5. Die Kölner U-Bahn; 6. Die deutsch-dänische Querung; 7. **Der JadeWeserPort: die Konkurrenz zum Hamburger Hafen. Die Geschichte des Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven ist eine Geschichte des Streits: Zuerst wollte Hamburg mitbauen, doch nun sind**

nur noch Niedersachsen und Bremen beim "JadeWeserPort" mit im Boot. Der Streit, wer den Zuschlag für das 500-Mio.-Euro-Projekt erhalten dürfte, beschäftigte Gerichte und einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss. In den Hafen sollen ab Ende 2011 Containerschiffe mit rund 400 Metern Länge und hohem Tiefgang einlaufen – er wird dann auch in Konkurrenz zu Hamburg arbeiten.

8. Bebauung der Schleimündung mit der größten Ferienanlage des Nordens; 9. Das neue Luftkreuz für Berlin; 10. Die Gipfelbahn zwischen Sachsen und Böhmen; 11. Die Startbahn in die Flughafen-Zukunft (Frankfurt); 12. Hamburger Elbphilharmonie; 13. Europäische Zentralbank – Neubau in Frankfurt.

Da befindet sich der JadeWeserPort ja in einer illustren Gesellschaft.

## Lärmschutzwand

Nachdem der erste Versuch, eine Lärmschutzwand zwischen der JWP-Bahnlinie und der Fauna des Voslapper Grodens zu errichten, buchstäblich in sich zusammensackte, will man nun Nägel mit Köpfen machen. Jetzt soll eine richtig stabile Betonwand entstehen – man darf gespannt sein.

## Jahrhundertbauwerk mit Bürocontainern

Eurogate steht weiter zum JadeWeserPort. Wann der Hafen allerdings in Gang kommt, mag noch keiner so richtig sagen. Eurogate baut darum vorsichtshalber kein "siebenstöckiges Gatehouse", sondern wird sich mit einem Zelt bzw. einem Bürocontainer (so wie früher beim Kartoffelumschlag am Süd-West-Kai) zufrieden geben. Auch die Containerbrücken sind noch nicht bestellt – da werden wohl "moderne Containerbrücken von Bremerhaven an die Jade verlegt." (Marcel Egger, Chef des Eurogate Terminals Wilhelmshaven, in der WZ vom 28.04.2010)

## Bahnlinie

Versprach Verkehrsminister Ramsauer am 15. April noch "die bestmögliche Hinterlandanbindung des JadeWeserPorts per Autobahn und Schiene", war das eine gute Woche später schon Schnee von gestern. Nun hieß es plötzlich, dass die Bahn den Streckenausbau stoppt und wohl erst 2017 die Strecke zwischen Ol-



denburg und Wilhelmshaven fertig hat. Vielleicht ja pünktlich zur Inbetriebnahme des Hafens?

## Jusos wieder lieb

Weniger radikal will der neue Juso-Vorstand auftreten – konkret heißt das z.B., dass die Forderung nach kostenlosen Kita-Plätzen gestrichen wird, stattdessen geht es jetzt um eine "gerechte Finanzierung". Ganz unten rangieren die Wilhelmshavener Jusos, wenn es um den Mindestlohn geht. Sie fordern 7,50 Euro! Die Juso-Position zum JadeWeserPort wurde wohl direkt von John H. Niemann ins Juso-Papier diktiert. Verwunderlich ist, dass die neuen Vorstandsmitglieder nicht Neumann, Menzel, Adam, Hartmann oder Will heißen.

## Neuer Vorstand

Vor einem Jahr verlor Volker Block die Wahl zum Kreisverbandsvorsitzenden gegen Helmut Stumm. Beim diesjährigen Kreisparteitag der SPD gewann Block die Wahl deutlich mit 43 zu 22 Stimmen. Mal sehen, ob Volker Block noch etwas retten kann.

## Keinen Fischmarkt

wird es in Wilhelmshaven mehr geben. Fast unbeachtet von den Wilhelmshavener Bürgern fand der Fischmarkt mit Aal-Hinnerk, Bananen-Fred, Blumen Jakpeter, Nudel-Uwe, Käthe-Kabeljau und Wurst-Herby auf dem Valois-Platz statt. Blumen Jakpeter will höchstens noch mal nach Wilhelmshaven kommen, um hier Urlaub zu machen, aber nicht mehr als Marktschreier.

# Ahoi!

**WWW.BASU-WHV.DE AUF DEM BÜRGER - PORTAL WILHELMSHAVEN: WWW.BUERGER-WHV.DE: 24 STUNDEN RUND UM DIE UHR INFORMIERT**



**Wilhelmshaven vor hausgemachtem Kollaps?** Die Kommune schrumpft, immer mehr Kosten werden auf den Steuerzahler abgewälzt, Theater, Schwimmbäder und soziale Einrichtungen wurden systematisch heruntergewirtschaftet. Zum Schluss muss der brave Bürger sich seine Bildungseinrichtungen sogar noch selbst finanzieren, weil die Politik sich über das System so lange streitet, bis auch der letzte Schüler arbeitslos ist und den Staatshaushalt ohne Nutzen mit belastet. In Wilhelmshaven wurde in den vergangenen Jahrzehnten so viel politisches Kapital verspielt, was den kleinen Parteien regelrecht Auftrieb verleihen könnte. Das Beispiel NRW zeigt deutlich, dass der Kredit der einstmaligen Großen aufgebraucht ist und genügend Spielraum für Erneuerung gegeben ist, obwohl die SPD behauptet, sie hätte den innerparteilichen Disput nun überwunden und könne ihn ad acta legen. Zunächst aber folgt die Ernüchterung einer arroganten Politik, die über jeden Zweifel erhaben zu sein schien und den Bürger bei richtungsweisenden Entscheidungen systematisch ausklammerte. **WIRTSCHAFT, ARBEITSPLÄTZE SPIELEN VORDERGRÜNDIG EINE ROLLE, WÄHREND DIE SELBSTBEDIENUNG IN DER WILHELMSHAVENER HOLDING WEITERGEHT.** Danke an die Politik, die sich in dieser Rolle anscheinend immer noch besser gefällt als endlich ihre Hausaufgaben zu machen.

**BASU**  
FREIE LISTE FÜR WILHELMSHAVEN  
BILDUNG | ARBEIT | SOZIALES UMWELT  
WWW.BASU-WHV.DE

**BASU-TREFFEN: 2X IM MONAT, JEDEN 1. U. 3. MONTAG RUSCHEREI 19.30 UHR!**

**MUSS DIE STADT WILHELMSHAVEN AUCH BALD IHR JÜNGSTES SPAßBAD SCHLIESSEN, WEIL DAS GELD FÜR EINEN 500.000 EURO TEUREN RATSSAAL DRAUFGEANGEN IST?**

©GRUPPO/635.COM | foto.huf/enbach